

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 139

FRÜHJAHR 2000

DM 1,-

## Im Aufwind durch den CDU-Skandal: SPD verschärft Angriffe auf Arbeiterklasse



F. Ossenbrink

27. September 1998: BDI-Chef Henkel und Schröder auf SPD-Wahlparty; März 2000: Warnstreik in Zwickau: Arbeiter wurden von IG-Metall-Bürokratie ausverkauft



Reuters

Seit Monaten beherrscht die CDU-Spendenaffäre die Titelseiten. Was ist ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten in Deutschland und in Europa? Für Marxisten ist es nichts Neues, dass die Kapitalistenklasse eine Bande schmutziger Schurken ist, die den Reichtum stiehlt, der von der Arbeiterklasse produziert wird, dass sie

### PDS schürt Antikommunismus, lobpreist bürgerliche Demokratie

die Parteien finanziert, die ihre Staatsgeschäfte führen. Uns schockiert auch nicht die „Unmoral“ einer Regierung, die den direkten Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich verwaltet. Aber das Bekanntwerden der schieren Größenordnung der Korruption der CDU – der Partei, die über die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die Konterrevolution in der DDR präsierte – hat eine tief

gehende Auswirkung in diesem Land.

Der SPD, deren Arbeiterbasis letztes Jahr im Aufruhr war gegen Kriegspolitik und einschneidende Lohnraub- und Austeritätsmaßnahmen der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, ist es als Folge der Affäre gelungen, ihre fragile Regierungskoalition etwas zu stabilisieren. Dies freut die Pseudolinken, die 1998 zur Wahl der SPD oder der PDS aufriefen. Sie fordern „Beschlagnahmung aller nichtgesetzkonformen Spenden und aller Spenden der Wirtschaft und des Kapitals“ (Gruppe Arbeitermacht), „die Enteignung aller Schmierer und Geschmierten“ (Revolutionär Sozialistischer Bund). Kurz, alle fordern die SPD auf, den Kapitalismus zu „säubern“ und dadurch deren angekratztes Ansehen aufzupolieren. Dagegen warnen wir Trotzisten, dass jetzt SPD/Grüne mit neuer Kraft ihrer Aufgabe nachgehen, die Interessen des deutschen Imperialismus bei seinem Vormarsch in Europa und gegen die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan voranzutreiben, das heißt die

*Fortgesetzt auf Seite 2*

**Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!**

## SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 1

Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verschärfen. Wir sagen: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die Arbeiterklasse glauben, dass sie selbst kollektiv schuldig war für die Verbrechen des Faschismus und dass sie nun dank der Alliierten eine neue „demokratische“ Regierung mit einer besonderen neuen „Moral“ hatten, die an der Frontlinie gegen „Diktatur“ und vor allem gegen den gottlosen Kommunismus stand. Besonders natürlich gegen den deformierten Arbeiterstaat DDR, der entstanden war in Folge des Siegs der Roten Armee gegen Nazideutschland. In der Folge benutzte dann die SPD/Grünen-Regierung zynische Propaganda über die „besondere Verantwortung der Deutschen“ zur Bekämpfung des „Diktators Milošević“ und mobilisierte so für den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen seit der Zerschlagung des Naziregimes und hagelte Bomben auf serbische Arbeiter. Der „Moral“mythos, aufrechterhalten seit den Zeiten Adenauers, ist jetzt durch den CDU-Spendenskandal seinen Erfindern ins Gesicht explodiert. Es ist heutzutage nicht ungewöhnlich, sogar von politisch rückständigen Arbeitern zu hören, dass Kohl im Gefängnis sein sollte, aber nicht der frühere DDR-Bürokrat Egon Krenz.

Ein Vertreter der Staatskirchen, der evangelische Bischof Huber, bringt die Besorgnisse der Bourgeoisie auf den Punkt: „Es ist mit Händen zu greifen – vor allem im Osten Deutschlands –, dass die Ereignisse der letzten Monate einen wirklich schweren Rückschlag bedeuten, weil sich viele von der Demokratie abwenden“ (*Tagesspiegel*, 27. Februar). Hier eilt nun die exstalinistische, jetzt sozialdemokratische PDS herbei, um die Propaganda der Kapitalisten, dass die bürgerliche „Demokratie“ die historisch überlegene Gesellschaftsform sei, zu bekräftigen. *Neues Deutschland* (20. Januar) zitiert Lothar Bisky, die CDU-Affäre sei „Beweis für die Stärke des parlamentarischen Systems... Dass jetzt alles so konsequent rauskommt und aufgedeckt wird, wäre in der DDR nicht möglich gewesen“! Die PDS führte die Konterrevolution in der DDR und kippte diesen deformierten Arbeiterstaat der Bourgeoisie von Auschwitz direkt in den Schoß; jetzt wollen sie beweisen, dass sie verlässlich genug sind, um auch national den Kapitalismus mitzuregieren!

Originalton Schröder: „Dieses Land braucht seiner inneren Stabilität wegen eine starke Partei auf der demo-

kratischen Rechten. Ich bin der Letzte, der Gefallen an einem Zerfall der Union hätte“ (*Der Spiegel*, 21. Februar). Originalton Roland Claus, PDS, der betont „dass wir in diesem Land eine demokratische konservative Partei brauchen“ (*Tagesspiegel*, 27. Januar). SPD und PDS befürchten, dass durch den Zerfallsprozess der größten bürgerlichen Partei CDU das gesamte Nachkriegsgefüge erschüttert wird und eine allgemeine Polarisierung der Gesellschaft stattfindet. Mit Hinweis auf die dann drohende „Gefahr von rechts“ und die Notwendigkeit der „Verteidigung der Demokratie“ motivieren sie ihre Kampagne zum Ausbau der Repressionsmaschinerie des Staats.

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) arbeitet der SPD/Grünen-Regierung dabei direkt in die Hände. Sie beklagen die „offensichtlich mangelhafte ausschließliche Prüfung durch parlamentarische Gremien“ bei der „Untersuchung der Parteikassen“ und fordern eine Prüfung durch „Arbeiterkontrollorgane“, vor allem für „die Parteien und Organisationen, die sich sozial v.a. auf die Lohnabhängigen stützen, also SPD, PDS und Gewerkschaften“ (*Arbeitermacht*, März/April 2000). Damit hängen sie dem, was die Kapitalisten mit dem Parteiengesetz bezwecken, nämlich die Geldmittel der Arbeiterbewegung direkt vom bürgerlichen Staat kontrollieren zu lassen, nur ein zusätzliches Arbeitermäntelchen um. So beschlagnahmten die Bullen Spendengelder, die wir im Mai 1999 vor dem Daimler-Chrysler-Werk in Berlin für die Arbeiter der von den Imperialisten ausgebombten, Zastava-Autofabrik in Kragujevac, Jugoslawien, gesammelt hatten.

Unser Ziel als Kommunisten ist die proletarische sozialistische Revolution. Um das zu erreichen, ist die politische Unabhängigkeit des Proletariats als Klasse notwendig. Das organisatorische Gegenstück dazu ist, dass wir strikt gegen jede staatliche Einmischung in die finanziellen oder anderen Angelegenheiten von Parteien der Linken und Arbeiterbewegung kämpfen und dass wir keinen Pfennig vom Staat des Klassenfeinds annehmen. Die österreichische Schwesterorganisation der GAM dagegen ließ sich ihre Zeitung vom jahrzehntelang SPÖ-regierten bürgerlichen Staat fördern und rief pünktlich wie ein Uhrwerk immer wieder zur Wahl der SPÖ auf („Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“, *Spartakist* Nr. 130, Dezember 1997/Januar 1998).

Dieser Staat mit seinen bewaffneten Formationen, mit seiner Justiz und anderen Institutionen, dient einzig und allein dem Schutz des Eigentums der Kapitalistenklasse. Lenin beschrieb treffend „den schreienden Widerspruch

Fortgesetzt auf Seite 23

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer  
Produktionsleiter: Derek Lemur  
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der  
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 139

FRÜHJAHR 2000

### Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
[www.icl-fi.org](http://www.icl-fi.org)

### KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Telefon: (030) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (040) 32 36 44

# Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten – imperialistische Schlächter und Streikbrecher Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!

Nachfolgend veröffentlichen wir in redaktionell leicht überarbeiteter Fassung ein SpAD-Flugblatt vom 18. Februar, das wir bei der Demonstration von fast 300 000 Menschen in Wien gegen Jörg Haiders offen rassistische Freiheitliche Partei (FPÖ) am folgenden Tag verteilt haben.

Nach der Bildung der Koalitionsregierung von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und FPÖ Anfang Februar gab es Massenproteste nicht nur in Österreich, sondern auch in

## Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

ganz Westeuropa. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stellt eine finstere Bedrohung der Arbeiterklasse, der Immigranten und anderer Minderheiten in Österreich dar. Gleichzeitig besteht die politische Stoßrichtung dieser Proteste darin, die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) zurück an die Macht zu bringen, die lange Zeit den rassistischen, kapitalistischen österreichischen Staat verwaltet hat. Und was die Pose der SPÖ betrifft, sich als Bollwerk gegen Haider darzustellen, so hat erst vor kurzem der sozialdemokratische Ex-Kanzler Viktor Klima erklärt, dass er in Bezug auf die FPÖ „für die Zukunft nicht kategorisch ausschließen würde, eine Koalition zu bilden“, wenn sich das als notwendig erweisen sollte, um zurück an die Macht zu kommen (*L'Humanité*, 26. Januar).

Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wir haben daher die von der SpAD vertretene falsche Einschätzung, dass die FPÖ faschistisch sei, korrigiert.

Wie das Flugblatt ausführt, haben verschiedene reformistische und zentristische Gruppen in ganz Westeuropa die Opposition gegen die FPÖ aufgegriffen, um sich hinter den sozialdemokratischen Herrschern ihrer eigenen imperialistischen Länder einzureihen, genau wie sie letztes Jahr beim imperialistischen US/NATO-Krieg gegen Serbien, wo es um die Vorherrschaft auf dem Balkan ging, ihre eigenen Herrscher unterstützt haben. Während Tony Cliffs britische Socialist Workers Party zur Unterstützung

der Europäischen Union (EU) aufruft, um hinter Blairs Labour-Regierung herzulaufen, unterstützt deren deutsche Schwesterorganisation Linksruck explizit den deutschen Imperialismus und die SPD-Regierung von Kanzler Schröder. In einem Flugblatt, das bei einem Protest am 19. Februar in Berlin verteilt wurde, erklärt Linksruck: „Weil Haider ein Faschist ist, muß man ihn isolieren – Schröder hat deswegen vollkommen recht, wenn er Österreich mit Sanktionen droht... Die Blockade der Europäischen Union stärkt die Widerstandsbewegung gegen diese rassistische und unsoziale Regierung.“

Das ist eine unverfrorene Unterstützung für das Ziel der europäischen imperialistischen Mächte, mit Deutschland an der Spitze, die EU zu einer militärischen und politischen Macht auszubauen, nachdem eine gemeinsame Währung bereits 1992 auf Grundlage des Maastricht-Vertrags eingeführt wurde. Nach dem Balkan-Krieg haben Deutschland und die anderen EU-Staaten mit Riesenschritten am Aufbau einer gemeinsamen europäischen Militärmacht als Gegengewicht zur US-dominierten NATO-Allianz gearbeitet. Die jetzigen Anti-Haider-Erklärungen von deutschen und französischen Führern „spiegeln eine wachsende Entschlossenheit wider, eine Union, die lange Zeit hauptsächlich ein Handelsblock war, in eine immer engere politische

*Fortgesetzt auf Seite 4*



Wien, 19. Februar: Fast 300 000 protestieren gegen Haiders rassistische FPÖ. Sozialdemokraten Westeuropas benutzen FPÖ-Regierungsantritt zur Stärkung des imperialistischen EU-Blocks

# Haider...

Fortsetzung von Seite 3

Gemeinschaft zu verwandeln, mit einigen Aspekten eines Bundesstaates“, wie die *New York Times* (20. Februar) bemerkt. Mit den Sanktionen gegen die FPÖ-Teilnahme an der österreichischen Regierung schaffen der deutsche Imperialismus und seine Partner einen Präzedenzfall, um anderen EU-Mitgliedsstaaten die Politik diktieren zu können.

Am 12. März wurde in Berlin die Heuchelei der SPD/Grünen-Regierung, die sich ein „antifaschistisches“ Mäntelchen umhängen will, bestätigt. Sie organisierte eine Volksfrontdemo während 500 NPd-Nazis durch Berlin marschierten. Als Jugendliche versuchten, gegen die Nazis vorzugehen, ließ die SPD-Regierung ihre Bullen gegen sie los. Wir intervenierten mit nachfolgendem Flugblatt und unserem Programm für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen. Unsere Perspektive der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse einschließlich ihres strategischen Anteils von Immigranten bedeutet einen scharfen politischen Kampf, um die Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Irreführern, von SPD und PDS, zu brechen.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. Februar), die im Flugblatt zitiert wird, gibt einen Hinweis darauf, wie die Sozialdemokraten „antifaschistische“ Rhetorik benutzen, um die Ambitionen des deutschen Imperialismus voranzutreiben:

„Der Holocaust und das ‚Nie wieder‘ werden dabei zur Chiffre des Gründungsmythos einer europäischen Nation ... Deutschland hat unter einer linken Regierung zum ersten Mal seit 1945 Krieg geführt. Es tat dies mit der Begründung, einen neuen Faschismus auf dem Balkan zu ersticken... Im Verbund der europäischen Linken arbeitet er [Schröder] an der Europäisierung des Holocaust. Das entlastet die Deutschen, vor allem wenn sie zusammen mit ihren europäischen Partnern den Österreichern, die sich 1945 klammheimlich aus der deutschen Geschichte davonmachten, ans Schienbein treten können.“

Die gleiche Schröder-Regierung, die zum ersten Mal seit Hitlers Wehrmacht einen deutschen Feldzug auf den Balkan anordnete und zynisch „Nie wieder“ kreischt, führt rassistischen Terror und Abschiebungen von Türken, Kurden und anderen „Nicht-Deutschen“ durch. Tatsächlich schlossen sich vor nicht einmal drei Jahren dieselben EU-Regierungen zusammen, die jetzt so scheinheilig die FPÖ für ihren

ausgesprochenen Rassismus gegen Immigranten verurteilen, um das Schengener Abkommen durchzusetzen, das dazu dient, slawische und dunkelhäutige Immigranten aus der rassistischen „Festung Europa“ rauszuhalten.

Während sich die Rivalitäten unter den größten imperialistischen Mächten – den USA, Deutschland und Japan – verschärfen, stehen wir Marxisten als proletarische Internationalisten in unerschütterlicher Opposition gegen unsere „eigenen“ imperialistischen Herrscher und erklären: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Viele Linke und Arbeiter gehen auf die Straße, um gegen Haider und die FPÖ zu demonstrieren, eine extrem fremdenfeindliche und reaktionäre Partei. Haider und seine Spießgesellen zeigen ihre faschistoide Einstellung und feiern zum Beispiel die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ der Nazis. Jetzt, wo die FPÖ in der Regierung ist, versucht die SPÖ sich als Bewahrerin der „Demokratie“ darzustellen, während sie selbst den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge seit Jahrzehnten führt und aktiv den Weg für die FPÖ bereitet. Man denke nur an den brutalen Mord an dem Flüchtling Marcus Omofuma im April 1999 durch die SPÖ-Bullen und die massiven Abschiebungen, häufig in den sicheren Tod. Ermutigt durch diesen SPÖ-geführten rassistischen Staatsterror starteten die österreichischen Nazis Mitte der 90er-Jahre eine Terrorwelle gegen Immigranten, Flüchtlinge, Roma und Linke.

Die kapitalistischen Regierungen Europas, größtenteils von Sozialdemokraten geführt, verhängten einen heuchlerischen bilateralen Boykott auf Ministerebene gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung Österreichs. Zur gleichen Zeit marschierten Nazis in Berlin, geschützt durch die Bullen der SPD/Grünen-Regierung, durch das Brandenburger Tor. Diese Regierungen betreiben die gleiche rassistische Politik gegen Immigranten, Flüchtlinge und Roma und Sinti, wie sie die FPÖ betreiben will. Die *Frankfurter Rundschau* (FR) brachte dies in einem Artikel am 2. Februar auf den Punkt: „Ginge es nur um diesen Punkt, müsste die EU auch den deutschen Innenminister Otto Schily unter Kuratel nehmen.“ Die jetzigen Abschiebungen von 180 000 Flüchtlingen aus dem Balkan werden seitens der SPD/Grünen-Regierung, und auch der PDS-gestützten Länderregierungen, mit österreichischer Hilfe – in Zusammenarbeit mit den „boykottierten“ FPÖ-Ministern – fortgesetzt und intensiviert.

Die rassistische SPÖ verwaltete nahezu 50 Jahre fast ununterbrochen den österreichischen Imperialismus, den anderen Nachfolgestaat des Dritten Reichs, mit dem sie unauflöslich verbunden ist. So führte der SPÖ-Präsident Adolf Schärf seine Wahlkampagne 1957 unter der Losung: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“. Heute führt diese SPÖ hinter den Kulissen die Demonstrationen gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung, für ihr kapitalistisches Österreich. Vorhut der SPÖ sind hierbei „linke“ und pseudotrotzkistische Gruppen wie die KPÖ, ArbeiterInnenstandpunkt (AST), Linkswende und die neuformierte Sozialistische LinksPartei, früher SOV, die alle den SPÖ-geführten ÖGB zum Kämpfen bringen wollen für eine Fortsetzung der Klassenkollaboration in einem SPÖ-verwalteten Kapitalismus, d. h. die Interessen der Arbeiter denen der kapitalistischen Ausbeuter unterzuordnen.

Wir hingegen kämpfen für den Sturz des rassistischen Kapitalismus. Notwendig dafür ist eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften und der Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiterpartei, die das Proletariat unabhängig und in seinen eigenen Klasseninteressen mobilisiert. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die von der gesamten Pseudolinken unterstützt wird, ist ein Hindernis dazu. Während die Pseudolinken Jugendliche und Arbeiter wieder an die Sozialdemokratie binden will, kämpf-

## Abonniert!

Workers Hammer  
Zeitung der Spartacist  
League/Britain

4 Ausgaben inkl.  
Spartacist (englische  
Ausgabe)

Europa DM 10,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60

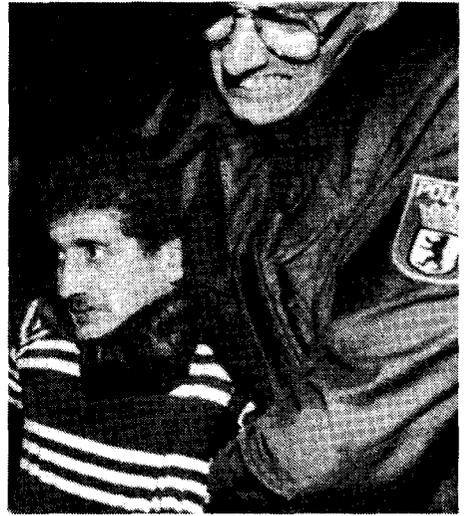




AP



AP



Jansson/Gaff

### SPD-Kanzler Schröder mit französischem Premierminister Jospin von der SP. EU-Sozialdemokraten führten imperialistischen Krieg gegen Serbien und verschärften rassistischen Staatsterror

fen wir für die Spaltung der Arbeiterbasis von diesen bürgerlichen Arbeiterparteien.

In Wahrheit werden Rechte wie Haider von den Sozialdemokraten als Bedrohung der europäischen ökonomischen Einheit gesehen, deren Notwendigkeit den europäischen kapitalistischen Herrschern bewusst ist, damit die EU als imperialistischer Handelsblock gegen Japan und besonders die Vereinigten Staaten konkurrieren kann. Deshalb die scharfen Reaktionen, gefährliche diplomatische Sanktionen, die zu Kriegen führen können, insbesondere Belgiens und Frankreichs, die sich in ihren eigenen Ländern starken faschistischen, rechtsradikalen, antieuropäischen Bewegungen gegenübersehen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, der SPD-„Linke“ Gernot Erler brachte es auf den Punkt: „Außenpolitisch ‚ernst‘ werde es, falls Haider versuche, die Osterweiterung der EU zu blockieren.“ (FR, 27. Januar) Ein Österreich, dominiert von Haider, könnte die Expansion der EU nach Ost- und Südeuropa blockieren, was eines der Hauptmotive für den Balkankrieg war, der von den regierenden Sozialdemokraten geführt wurde. So kommentiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 11. Februar: „Auf der Stockholmer Holocaustkonferenz ist die Anti-Haider-Aktion geboren worden. Im Balkankrieg wurde sie gezeugt. Von da an trug die Linke – vor allem die deutsche – ihr Europa unter dem Herzen, wo immer es schlägt.“ Und Tony Cliffs pseudolinke Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linkswende, appellierte an ihren Imperialismus: „Es sollte keine Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei geben. Wir unterstützen die Position der Europäischen Union.“ (Times, 3. Februar)

Unterdessen benutzen die Sozialdemokraten in ganz Europa ihre Kampagne gegen Haider, um sich in die Fahne des „antifaschistischen“ Patriotismus zu hüllen und chauvinistische Mobilisierungen aufzubauen, um die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Angriffen auf den Lebensstandard der Massen abzulenken. So skandierten sozialdemokratische Linke wie Linksruck und die Autonomen bei einer Demonstration am 5. Februar in Berlin „Österreich halts Maul!“ vor der österreichischen Botschaft, „USA Völkermordzentrale!“ vor der US-Botschaft, während sie durch das Regierungsviertel des Vierten Reichs flanierten, ohne ein Wort gegen den deutschen Imperialismus über die Lippen zu bringen. Und in ganz Europa marschierten die Pseudotrotzkisten, die alle die Wahl der Sozialdemokratie unterstützten, im Gleichschritt mit und rühren die Trommeln, genau wie beim Krieg gegen Jugoslawien letzten Sommer. So rief die britische Schwestergruppe von

ASt, Workers Power, die bei den Wahlen „wählt Labour“ gefordert hatte, für „Unabhängigkeit für den Kosovo“ auf und unterstützte die UCK, eine fadenscheinige Abdeckung für ihre Unterstützung der Ziele ihrer eigenen, britischen Imperialisten im Krieg gegen Jugoslawien. Jetzt schreiben diese Sozialchauvinisten über die FPÖ/ÖVP-Koalition: „Die neue Koalition wird schwere Angriffe auf die Arbeiterrechte und erhebliche Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durchsetzen. Die Ersten in der Reihe werden natürlich die Wanderarbeiter Österreichs und die Flüchtlinge sein“, während sie gerade jetzt Tony Blairs Labour-Regierung verschwinden lassen, zu einer Zeit, wo das Vorgehen gegen Flüchtlinge tödliche Angriffe anfacht.

Die von Deutschland beherrschte EU ist ein instabiles Konglomerat der europäischen Kapitalisten, das sich gegen die Arbeiter Europas, gegen nichteuropäische Immigranten

Fortgesetzt auf Seite 27

## Schulungsreihe der Spartakist-Jugend

### BERLIN

- 19. April: **Kommunismus kontra Anarchismus**
- 3. Mai: **1989/90: Unser Kampf für ein Rotes Rätendeutschland und gegen kapitalistische Wiedervereinigung**
- 17. Mai: **Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!**
- 31. Mai: **Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!**
- 14. Juni: **Die Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen!**
- 28. Juni: **Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**
- 12. Juli: **Wir sind die Partei der Russischen Revolution!**

Alle Veranstaltungen finden **Mittwoch, 18.30 Uhr**, statt: Treffpunkt Foyer im Seminargebäude am Hegelplatz, Humboldt-Universität.

**Literatur und Kontakt:**  
(030) 4 43 94 00





Workers Hammer

Fotos: Workers Vanguard

## IKL-Proteste: Verteidigt UNAM-Streik!

**Anfang Februar: Weltweite IKL-Proteste gegen Bullenangriffe auf UNAM**  
**Von links im Uhrzeigersinn: London, Chicago, New York, Berlin, San Francisco und New York**

Der zehn Monate dauernde Streik an der UNAM, wo 270 000 studieren, wurde ausgelöst durch einen Plan der Regierung, die Studiengebühren so zu erhöhen, dass Studenten aus armen und Arbeiterfamilien der Zugang zu öffentlicher höherer Bildung versperrt würde. Dieser Streik weitete sich zu einem sozialen Kampf aus, der sich im ganzen Land verbreitete. Die arbeitenden Massen waren insgesamt mit einem ähnlichen Angriff auf ihren Lebensstandard konfrontiert durch den IWF-Plan zur Privatisierung staatlicher Industriezweige als auch durch die verschärfte Ausbeutung in der Folge des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, das 1994 in Kraft trat. Von Anfang an spielten Arbeiter der Gewerkschaften der Unbeschäftigten (STUNAM) und der Elektrizitätsarbeiter (SME) eine Schlüsselrolle, als sie sich den Studenten auf den Streikbarikaden anschlossen.

Am 19. Februar explodierte die gerechte Wut der Dorfbewohner von Francisco Madero im Bundesland Hidalgo nördlich von Mexiko City. Eine für ihre Brutalität und Korruption berüchtigte Bullen-Spezialeinheit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit hatte im Morgengrauen das ländliche Lehrer-College von El Mexe überfallen. Dort streikten Studenten seit dem 5. Januar gegen „Reformen“, die zwei Drittel der Studierenden von der Hochschule vertreiben würden. Bei der brutalen Aktion von 1000 Bullen wurden viele Studenten verhaftet und Hunderte Menschen, darunter alte Frauen und Kinder, verprügelt. In der „Schlacht von El Mexe“ umstellten Tausende Dorfbewohner die von Bullen besetzte Schule und forderten die Freilassung aller Verhafteten. Die zumeist nur mit Stöcken und Steinen bewaffneten Dorfbewohner ergriffen 68 Bullen, entwaffneten sie, zogen sie bis auf die Unterwäsche aus und ließen sie fünf Kilometer auf den Stadtplatz marschieren. Als Eltern und Studenten die Schule wieder in Besitz nahmen, fanden sie ein Polizeiwaffenarsenal einschließlich Granatwerfern vor.

Die mexikanische Regierung der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), in Panik über die völlig unerwar-

tete Demütigung ihrer staatlichen Schläger, appellierte an Cuahtémoc Cárdenas' PRD (Partei der Demokratischen Revolution), der der Bürgermeister des Ortes angehört. Dieser war dann Teil eines Komitees, das aushandelte, die knapp 400 studentischen Gefangenen gegen die Bullen auszutauschen. Als die Gefangenen frei waren, sangen die Dorfbewohner die *Internationale* – aber dann gaben sie das beschlagnahmte Waffenarsenal an die Regierung zurück, die sicherlich versuchen wird, für ihre demütigende Niederlage Rache zu nehmen.

In Mexiko City hat die überwältigende Repression der Regierung den Kampf auf kleine Bereiche, in denen der Widerstand weiterschwelt, eingeschränkt. Aber der Aufstand in Hidalgo zeigt, dass diese Funken die Macht haben, wiederaufzuflammen und Aufstände in anderen Teilen des Landes hervorzurufen. Als die Studenten in El Mexe mit der Polizei konfrontiert waren, schickten sie einen Hilferuf an den Allgemeinen Streikrat der UNAM, der eine Delegation sandte. Hunderten Streikenden von El Mexe droht noch eine Anklage wegen „Rebellion“ und schwerem Diebstahl. Dringend nötig ist jetzt eine zentral auf die Arbeiterbewegung gestützte nichtsektiererische klassenkämpferische Verteidigung der verhafteten Kämpfer.

Die PRI-Regierung will die Zerschlagung des UNAM-Kampfes für eine starke Repression gegen die Linke benutzen, um zukünftige breite politische Kämpfe einzudämmen. Gleichzeitig versucht jetzt die PRD, den unpopulären Angriff der PRI gegen den UNAM-Streik in einen Wahlsieg bei den anstehenden Wahlen umzumünzen. Aber die PRD, die Mexiko City verwaltet, ist genauso eine bürgerliche Partei wie die PRI – sie hat genauso ihre Bürgerkriegsbullen losgeschickt, um den Streik anzugreifen. Viele der radikaleren Studenten haben die verräterische Rolle der PRD gesehen, wenden sich aber statt dessen der kleinbürgerlich-guerrillaistischen EZLN (Zapatistas) zu. Dies ist keine Alternative, sondern einfach eine radikalere Form des Nationalismus. Die Zapatistas, „Liberale mit Gewehren“,

Fortgesetzt auf Seite 8

# UNAM-Streik...

Fortsetzung von Seite 7

versuchen, die PRD dazu zu benutzen, den bürgerlichen Staat unter Druck zu setzen, damit er Konzessionen macht. Wir Spartakisten hingegen kämpfen dafür, dass das Proletariat die unterdrückten und besitzlosen Massen Mexikos an die Macht führt.

Die dringenden Forderungen und Bedürfnisse der verarmten Arbeiter und Bauern Mexikos – nach Agrarrevolution, Ausbildung, medizinischer Versorgung etc. – können nicht von der korrupten mexikanischen bürgerlichen Klasse erfüllt werden, die mit Tausenden Fäden mit ihrem imperialistischen Herrn, dem US-Imperialismus, verbunden ist. Selbst die minimalsten Reformen wie die der Studenten von El Mexe erfordern das trotzkistische Programm der permanenten Revolution: Die Trotzkisten der GEM kämpfen dafür, eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die die Arbeiter und Bauern Mexikos an die Macht führt, das kapitalistische System der Unterdrückung zerschlägt und den Weg zur proletarischen Revolution auf dem gesamten amerikanischen Kontinent eröffnet.

Nachfolgend drucken wir die Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) nach dem brutalen Überfall auf die UNAM ab.

6. Februar – Heute im Morgengrauen stürmte die mexikanische Bundespolizei, die für ihre Brutalität berüchtigt ist, mit einer Armee von Tausenden den Campus der UNAM-Universität in Mexiko City und verhaftete an die 700 Studenten und Streikunterstützer aus einer Versammlung des Allgemeinen Streikrats (CGH) heraus. Die verlogenen Behauptungen der Bourgeoisie über die „Autonomie“ der größten Universität Amerikas wurden jetzt unter dem eisernen Stiefel einer militärischen Besetzung des Campus zertreten. Eltern und Streikunterstützer stellten sich mutig vor die Busse, die die Studenten in gefährlichen Polizeigewahrsam bringen sollten, aber sie wurden überwältigt durch die Militärgewalt. Viele Hunderte sind jetzt in Gewahrsam im Hauptquartier der Bundespolizei am Platz der Revolution in Mexiko City.

Unsere Genossen in Mexiko City, die Grupo Espartaquista de México (GEM) und ihre Jugendgruppe Juventud Espartaquista (JE) kämpfen jetzt dringend für eine massenhafte Demonstration, die zentral auf der Arbeiterklasse basiert. Sie fordern: **Weg mit allen Anklagen! Freiheit für die UNAM-Streikenden! Verteidigt öffentliche Ausbildung!** Die Arbeiterbewegung und Linke muss international Aktionen ergreifen und zeigen, dass die angegriffenen UNAM-Strei-

kenden nicht alleine stehen. Überall hat die Arbeiterbewegung ein lebenswichtiges Interesse an diesem Kampf gegen Klassenprivilegien und Staatsterror in Mexiko. International muss die Lage bekannt gemacht werden und Proteste sind dringend notwendig, um die staatlichen Repressionen gegen die Linke, die Arbeiterbewegung und die Studenten in Mexiko zu bekämpfen!

Der Polizeirazzia heute am frühen Morgen ging letzte Woche ein Angriff der Bullen und bezahlter Schläger auf die ebenfalls streikende Oberschule, die mit UNAM verbunden ist, voraus. Gymnasiasten und UNAM-Streikende wurden brutal zusammengeschlagen, Hunderte wurden verhaftet und werden mit schweren Anklagen wie „Aufruhr“ und „Terrorismus“ bedroht, die sie für mehrere Jahrzehnte hinter Gitter bringen können. Seit Beginn des UNAM-Streiks haben die GEM und die JE hartnäckig betont, dass die Polizisten, einschließlich der Campus-Polizei („Auxilio UNAM“), die bezahlten Schläger der Kapitalistenklasse sind und nicht zur Arbeiterbewegung gehören. Diese blutigen Polizeiangriffe verleihen unserer Forderung Dringlichkeit: **„Bullen raus aus den Gewerkschaften! Militär/Polizei raus aus dem Campus!“**

Die Versuche, Tausenden Jugendlichen den Zugang zu höherer Bildung zu beschränken – und die Entfesselung der brutalen staatlichen Repression, die vom Campus bis zu den Zapatistas und Bauern in Chiapas reicht – ist Teil der Verschärfung der Ausbeutung der mexikanischen Arbeiterklasse und Unterdrückten durch die mexikanische Bourgeoisie in Einklang mit den Diktaten ihrer US-imperialistischen Herren durch den IWF und NAFTA. Wie die GEM/JE in einem Flugblatt vom 4. Februar schrieb, das auf dem Protestmarsch von 20000 zum Zocalo, dem größten öffentlichen Platz in Mexiko City, verteilt wurde:

„Das bürgerliche Regime, gegenwärtig konfrontiert mit einer Welle von Streikaufrufen, will den UNAM-Streik zerschlagen, damit er nicht in die Kämpfe der Arbeiterklasse eingreift, besonders während dieses Wahljahres, wo die verschiedenen bürgerlichen Parteien PRD (Partei der Demokratischen Revolution), PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), PAN (Partei der Nationalen Aktion) ihren imperialistischen Herren beweisen wollen, dass sie fähig sind, für das Kapital ‚Gesetz und Ordnung‘ aufrechtzuerhalten, selbst auf Kosten des Blutes von Arbeitern und Studenten... Während diese Partei (die PRD) unter Teilen von Arbeitern und Studenten als ein Ergebnis der ständigen Angriffe der Überfallkommandos der Polizei gegen die Streikenden an Beliebtheit verloren hat, ist es jedoch notwendig, dieser Desillusionierung gegenüber der PRD einen **Klassencharakter** zu geben: Die PRD ist eine **bürgerliche** Partei, und ihr Nationalismus und ihre demokratischen Ansprüche widerspiegeln nichts anderes als ihre bürgerlichen Interessen. Das zerbrechliche mexikanische bürgerliche Regime kann den Arbeitern und Unterdrückten nichts anderes als Hunger und Repression bieten.“

Die Regierung hat die Studenten blutig unterdrückt, weil sie denkt, sie könne damit davorkommen. Der Studentenstreik hält seit mehreren Monaten und die Studenten haben heroisch gekämpft. Aber studentischer Protest allein genügt nicht. Um über verbalen Protest hinauszugehen und die Gesellschaft zu verändern, müssen Studenten und all diejenigen, die soziale Gerechtigkeit suchen, in den gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten des Landes verankert sein und müssen die enorme soziale Macht des Proletariats gegen die mexikanischen Herrscher und ihre imperialistischen Herren mobilisieren. Wir sagen: **Kein neues Massaker wie 1968! Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse! Schmiedet eine revolutionäre trotzkistische Partei!■**

## Abonniert!

Zeitung der  
Grupo  
Espartaquista  
de México

4 Ausgaben  
DM 8,- (Luftpost)  
DM 4,- (Seepost)

Bestellt bei:  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 11988-601  
BLZ 500 100 60  
Postbank Frankfurt/M.



# Es gibt keinen „fairen Prozess“ in den rassistischen bürgerlichen Gerichten! Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Am 5. Februar fand in Berlin eine bundesweite Demonstration für Mumia Abu-Jamal statt, den schwarzen Journalisten und wortgewaltigen Sprecher für die Unterdrückten, der seit 18 Jahren unschuldig in den USA in der Todeszelle sitzt. Wir Spartakisten intervenierten und hatten Plakate wie: „Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es kann keine Fairness in kapitalistischen, rassistischen Gerichten geben! Für die Mobilisierung der multirassischen amerikanischen Arbeiterklasse, um Mumia zu befreien!“

Eine zentrale Losung der Organisatoren der Demo war „Für einen neuen fairen Prozess“. Aber dieser Staat der Kapitalistenklasse – einschließlich Armee, Polizei, Justiz – existiert ausschließlich, um die Herrschaft einer Minderheit, der die Produktionsmittel gehören, aufrechtzuerhalten. Das Programm von uns Spartakisten ist es, die Macht der Arbeiter/Schwarzen unabhängig vom bürgerlichen Staat zu mobilisieren, um das gesamte kapitalistische System hinwegzulegen, das die Basis für rassistischen Mord, Unterdrückung und Ausbeutung ist. Die Illusion zu schüren, dass diese bürgerliche Justiz und Polizei, die wieder und wieder klar machte, dass sie Mumia tot sehen will, „fair“ sein könnte, ist ein **Hindernis** für den Kampf um Mumias Freiheit!

Rassismus und die Kriminalisierung von mutigen Gegnern des kapitalistischen Systems wie Mumia Abu-Jamal sind kein schlimmer „Auswuchs“ dieses Systems, sondern fester Bestandteil davon: Das soll die Arbeiterklasse spalten und dadurch schwächen. Genau die gleiche Funktion hat das Gift des Nationalismus, das sich in Form von Antiamerikanismus durch die Demonstration zog. Besonders ekelhaft tat sich die Gruppe Linksruck hervor, die wie wild skandierte: „USA – internationale Völkermordzentrale!“ Das ohne ein Wort über den deutschen Imperialismus, in dessen Hauptstadt sie marschierten! Aber dies hängt nahtlos zusammen mit Linksrucks Unterstützung der SPD, die den Nachfolgestaat des Dritten Reichs verwaltet. Wie unser Genosse Jan in seiner Rede sagte: „In Deutschland muss der Kampf gegen Rassismus gegen die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung geführt werden, die den rassistischen Staatsterror drastisch verschärft hat und weiter betreibt und Gruppen wie die PKK und DHKP-C brutal unterdrückt... Gestern war Gregor Gysi sehr glücklich, über den Rassismus in den Vereinigten Staaten herzuziehen. Aber vergessen wir nicht, es ist die PDS-Führung, die mitverantwortlich ist für rassistische Abschiebungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Vergessen wir nicht, dass die PDS-Führung das Bullenverbot gegen die Demonstration, die Luxemburg und Liebknecht ehren sollte [am 9. Januar in Berlin], akzeptierte.“

Auch die Berliner Jugendgruppe des Revolutionär Sozialistischen Bunds (RSB) fordert ein „neues faires Verfahren“ (Flugblatt Roter Stachel Berlin, „Freedom for Mumia“, ohne Datum). Aber nicht alle Jugendmitglieder schluckten diese Schönfärberei des bürgerlichen Staates. Ein Flugblatt des Roten Stachels aus Hamburg argumentierte zwar nicht offen gegen diese Losung, benutzte sie aber nicht und forderte „Kampf der Klassenjustiz“. Ein darauf

folgender Artikel in der RSB-Zeitung (*Avanti*, März 2000) versuchte besorgt die Risse zu kitten, dort heißt es: „Auf ein ‚faires Verfahren‘ zu setzen wäre eine Kapitulation vor der bürgerlichen Klassenjustiz.“ Aber der Schluss des Artikels straft diese Worte Lügen, dort liest man nämlich die alte – und wirkliche – Position des RSB: Man müsse durch „politischen Druck“ für ein „politisches Nachgeben“ der Justiz kämpfen.

Mitgliedern des Roten Stachels, die sich von ihrer Organisation für dumm verkauft fühlen, sagen wir: Dies ist kein Ausrutscher des RSB. Er verschweigt nämlich, dass wir in einer Klassengesellschaft leben – außer in manchen Worten auf dem Papier. Er sucht nach Kräften, die Druck ausüben sollen, um den Kapitalismus zu reformieren; in *Avanti* bemühen sie die namenlose „internationale Solidarität“, ohne die Arbeiterklasse auch nur zu erwähnen. Auch die Unterstützung des RSB für die sozialdemokratische PDS beweist, dass ihre Perspektive nicht über den Rahmen des Kapitalismus hinausgeht. So riefen sie z. B. im September 1998: „Für eine kritische Wahl der PDS!“ (*Avanti*), der Partei, die 1989/90 die Konterrevolution in dem deformierten Arbeiterstaat DDR geführt hat und heute den deutschen Imperialismus mitverwaltet.

Das Hamburger Flugblatt des Roten Stachels erwähnt ebenfalls nicht die Arbeiterklasse, sondern will „die Betroffenen organisieren“. Wir dagegen wollen die soziale Macht der Arbeiterklasse mobilisieren, um Mumia zu befreien. Die internationalen Proteste 1995, die Mumias Hinrichtung stoppten, hatten vor allem deshalb Erfolg, weil internationale Arbeiterorganisationen von Südafrika bis Australien ihr soziales Gewicht in die Waagschale warfen.

Eine „Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung“ (Roter Stachel Hamburg) zu schaffen ist unmöglich mit dem Programm des RSB, der den Kapitalismus „fair“ machen will. Es ist nötig, eine internationale revolutionäre Partei nach dem Modell der Bolschewiki Lenins und Trotzki aufzubauen, die die Arbeiterklasse organisiert, um den Kapitalismus zu stürzen und eine internationale Räteherrschaft zu errichten. Für diese Perspektive kämpft die Spartakist-Jugend. Schließt euch uns an!■

**Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!**

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand  
Commerzbank Berlin  
Konto-Nr. 590 109 500  
BLZ 100 400 00  
Stichwort „Jamal“



# PDS akzeptiert staatliches Verbot gegen Zwei-L-Demo

## Viertes Reich – Hände weg von linken Demonstranten!

Nachstehend drucken wir die leicht redigierte Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 14. Januar gegen das von der sozialdemokratischen Regierung erlassene staatliche Verbot der jährlichen Demonstration zur Ehrung der Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ab. Am 15. Januar wurden Tausende Exemplare dieser Erklärung von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), deutsche Sektion der IKL, bei einer zweiten Zwei-

Wolf „Gegen einen Richtungswechsel – für eine starke PDS“ (*junge Welt*, 30. März). Das soll Jugendliche und Arbeiter, die von der prokapitalistischen PDS-Führung angewidert sind, davon abhalten, von der PDS zu spalten. Wir sagen: Die PDS führte 1990 die kapitalistische Konterrevolution in der DDR! Sie kann nicht zum Sozialismus reformiert werden! Brecht von der Sozialdemokratie und ihren pseudolinken Anhängseln! Für die Schmiedung einer multi-ethnischen revolutionären Arbeiterpartei!

### Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

L-Demonstration verteilt. Dieses Verbot kam zwei Monate nach den triumphalistischen Feiern der deutschen Bourgeoisie zum zehnten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und einige Tage vor der Einkerkung von Egon Krenz.

Die PDS-Führung um Gysi akzeptierte das Verbot der Zwei-L-Demonstration und ging seitdem in eine neue Offensive, die linke Jugendliche wütend machte. Nachdem sie letztes Jahr als „Antikriegspartei“ posierte, möchte die PDS-Führung in ihrem Drang, den deutschen Imperialismus mehr mitzuregieren, eine „Einzelfallprüfung“ für ihre Zustimmung zu UN-Kriegseinsätzen. Der Ruf der PDS nach OSZE- oder UN-Interventionen während des imperialistischen Kriegs gegen Serbien im letzten Jahr war ein Vorstoß für ein Militärbündnis, in dem der deutsche Imperialismus mehr zu sagen hat, als in der US-dominierten NATO. Wir brandmarkten die PDS als Kriegshetzer und Strategen für den deutschen Imperialismus und riefen zum Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution auf. Gysis neuer Vorstoß läuft letztlich auf eine Zustimmung für Kriegseinsätze der Bundeswehr, der Armee des deutschen Imperialismus hinaus.

Die Opposition gegen Gysis Linie in der PDS von der Kommunistischen Plattform und dem marxistischen Forum und außerhalb seitens des RSB behauptet, die PDS sei immer noch eine sozialistische Partei. So erklärten sich am 12. März Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried

Am 9. Januar wurde die alljährliche Demonstration zu Ehren der heldenhaften deutschen Kommunisten Rosa Luxemburg, jüdisch-polnischer Herkunft, und Karl Liebknecht in Berlin verboten – zum ersten Mal seit der Zeit von Hitlers Naziregime. Trotz des Verbots, das von den kriecherischen PDS-Führern akzeptiert wurde, gingen Tausende Linke aus Protest auf die Straße. Sie wurden brutal von den Bullen verprügelt, Hunderte wurden verhaftet. Wir sagen: Sofortige Freilassung aller verhafteten Demonstranten! Einstellung aller Verfahren! Nieder mit dem Staatsterror gegen die Linke!

Als die SPD im August 1914 das deutsche Proletariat auslieferte als Kanonenfutter für den imperialistischen Krieg, erklärte Liebknecht zu Recht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Als Feind der Russischen Revolution und jeder anderen Arbeiterrevolution versuchte die SPD jahrzehntelang, die Sowjetmacht zu stürzen. In Deutschland hieß das, dass sie für die Bourgeoisie als konterrevolutionärer Bluthund gegen die proletarische Revolution vorging. Vergessen wir nicht: Es waren die Vorfahren der heutigen SPD, die während des Spartakus-Arbeiteraufstands 1918/19 Luxemburg und Liebknecht durch die Freikorps ermorden ließen. Die heutige kapitalistische SPD-geführte Regierung setzt Lohn- und Sozialraub sowie Rassismus gegen Immigranten durch, während sie gleichzeitig einen imperialistischen Krieg auf dem Balkan führt.

Die Kapitulation der PDS hat den Griff des Staates gestärkt, um direkt blutig auf die Demonstranten einzuschlagen. Das hat in den Reihen der PDS und unter linken Jugendlichen Proteste entfacht. Während vorgebliche Linke Gysi milde für seine Unterstützung des staatlichen Verbots tadeln, predigen sie, wie der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), dass im Gegensatz zur SPD die PDS „noch‘ eine sozialistische Perspektive“ (*Avanti*, Dezember 1999) vertrete. Das ist ein Betrug! Die exstalinistische PDS hat die kapitalistische Konterrevolution in der DDR geführt und jetzt ist sie einfach die Sozialdemokratie des Ostens, die als Verteidiger der Menschen auftritt, deren Leben sie zu zerstören half. Die *taz* (10. Januar) zitiert einen Roland T., der den Nagel auf den Kopf traf: „Wer regierungsfähig sein will wie die PDS, muss wohl mit der Polizei zusammenarbeiten.“ Die PDS ist ein Komplize des staatlichen Verbots gegen Linke – darunter ihre eigenen Mitglieder –, denn sie giert danach, genau diesen kapitalistischen Staat als parlamentarischer Partner der SPD zu regieren.

Wir Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) standen als Einzige gegen die kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 28



Lange/Neues Deutschland

9. Januar: Bullen prügeln auf Demonstranten ein

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

4. APRIL 2000

EXTRABLATT

DM 0,50

## Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90

*Wir veröffentlichen im Folgenden das Referat von Steffen Singer, Redakteur des Spartakist, das er Ende Januar und Anfang Februar auf Veranstaltungen unserer Genossen der Spartacist League/U.S. in New York, Chicago und San Francisco gehalten hat.*

### Der Kampf der IKL für ein Rotes Rätendeutschland

Am 8. November 1999, dem zehnten Jahrestag des Falls der Mauer, wurde im deutschen Fernsehen eine Talkshow mit Michail Gorbatschow, ehemaliger Präsident der Sowjetunion, Helmut Kohl, Ex-Bundeskanzler des deutschen Imperialismus, und dem Ex-US-Präsidenten Bush gesendet. Sie plauderten darüber, wie sie 1990 die Konterrevolution in der DDR organisiert hatten, und Gorbatschow sagte:

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag...“

Am 3. Januar 1990 kamen 250 000 Menschen zu einer antifaschistischen, prosozialistischen, prosozialistischen Mobilisierung zum sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, das zu Ehren der Soldaten der Roten Armee errichtet worden war, die ihr Leben im Kampf zur Befreiung Berlins von den Faschisten gegeben hatten. Sie kamen, um gegen die Schändung des Ehrenmals durch Faschisten Ende Dezember 1989 zu protestieren. Und es waren wir, die Trotzisten, die diese Einheitsfront initiierten. Wir verteilten 130 000 Flugblätter vor Ostberliner Fabriken, in Arbeiterbezirken, vor S-Bahnstationen und besonders an ausländische Vertragsarbeiter. Und wir sagten:

„Die grauenhafte Schändung des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Helden am 28. Dezember in



**Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Von Spartakisten initiiert Protest gegen faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals; 250 000 hörten Trotzismus kontra Stalinismus**

Treptow ruft Abscheu und Empörung bei Millionen Arbeitern und weiten Schichten der Bevölkerung der DDR hervor. Diese Provokation richtet sich genauso gegen unseren Arbeiterstaat, der auf den Ruinen des Hitler-Faschismus errichtet worden ist.“

Wir warnten: „Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut  
*Fortgesetzt auf Seite 12*

## PDS führte Konterrevolution in der DDR SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

## 1989/90...

Fortsetzung von Seite 11

die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“ Und wir betonten: „Die Sozialdemokratie ist das Trojanische Pferd der Konterrevolution!“

Wir forderten: „Für gemeinsame Arbeitermilizen unter der Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Für eine leninistisch-egalitäre Partei! ... Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Für das Wiederaufleben der Wirtschaft durch zentrale Planung unter Arbeiterräten! Kein Ausverkauf der DDR ... Für ein rotes Rätedeutschland!“

Es waren die Fabrikarbeiter, die das Rückgrat dieser Mobilisierung bildeten. Zuerst weigerte sich die SED-PDS, sich dem Aufruf zu einer Demonstration anzuschließen. Aber als sie feststellten, dass die Ostberliner Betriebe hinter unserem Aufruf standen, sagte uns Lothar Bisky, einer der Führer der SED-PDS: „Ihr habt die Arbeiter“, und sie waren gezwungen, den Aufruf zu der Demonstration zu unterstützen.

Und 250.000 hörten Trotzismus gegen Stalinismus, die IKL gegen die SED-PDS. Es war das erste Mal seit Trotzki's Verbannung aus der UdSSR und der Zerschlagung der Linken Opposition dort in den späten 20er-Jahren, dass Trotzisten vor einem Massenpublikum in einem deformierten Arbeiterstaat sprechen konnten. Ich zitiere aus der Rede unserer Genossin:

„Eine politische Revolution, wie sie jetzt ausgebrochen ist und unter uns Raum greift, die sollten wir verteidigen. Die wirtschaftliche Abschöpfung und politische Eingliederung in Etappen, wie sie durch den BRD-Imperialismus versucht wird und wo sie Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern. Das darf nicht geschehen! Dagegen ist es notwendig zu kämpfen!

Richtig, stoppt die Nazis durch Arbeitereinheit! Wir müssen weiterdenken. Unsere Wirtschaft leidet unter Verschwendung und Veralterung. Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen.

Lenin sagt, Politik ist die Konzentration der Ökonomie. Der Kampf um die Macht, um diese Entscheidungen zu

treffen und dieses Land zu regieren, muß liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit.

Die Sowjetunion wird sicher den gleichen Weg gehen, und das würde uns helfen, gemeinsam ökonomische und politische Probleme zu lösen, und unsere Staaten, unsere Arbeiterstaaten zu verteidigen, die im Moment im Übergang sind, die gebrochen sind vom Kapitalismus, aber noch nicht sozialistisch sind.

... wir kämpfen für die Schmiedung einer neuen Arbeiterpartei, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“

### Die Konterrevolution verwüstet die ehemalige DDR

Die SED-PDS und Gorbatschow waren erschreckt durch das Gespenst einer proletarischen politischen Revolution, das durch Treptow verkörpert wurde. Das Letzte, was sie sehen wollten, war die Arbeiterklasse an der politischen Macht in der DDR. Sie änderten rapide ihr Tempo und traten offen für einen kapitalistischen Anschluss ein. Wie Gorbatschow während der Talkshow im Fernsehen sagte, als er eine Diskussion mit Hans Modrow beschrieb:

„Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir, dass ich heute sagen soll, dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen – ihre Mehrheit – heute für die Vereinigung Deutschlands sind...“

Da sagte ich ihm [Helmut Kohl], dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll.“

Wovor wir gewarnt und wogegen wir gekämpft hatten, ist eingetreten: Die Konterrevolution verwüstete die frühere DDR; die gesamte Industrie wurde dem Erdboden gleichgemacht und die Massenarbeitslosigkeit beträgt 20 Prozent oder mehr, bei Jugendlichen ist es sogar noch schlimmer. Es gibt ständige, unablässige Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse im Westen, einen Feldzug, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen und das System der Flächentarifverträge zu zerstören. Frauen wurden ganz besonders hart getroffen – 60 Prozent von ihnen verloren ihre Arbeit und es gibt Angriffe auf das Abtreibungsrecht. Die Bourgeoisie will das Rentensystem, das Bildungssystem, das Gesundheitssystem zerstören.

Gleichzeitig wird zunehmender rassistischer Terror benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Es gibt unzählige Abschiebungen von Immigranten und Flüchtlingen, selbst von in Deutschland geborenen Jugendlichen. Es gibt ein gefährliches Anwachsen der Faschisten und tagtäglichen faschistischen Mord und Terror. Und solch ein gewaltiges Anwachsen des Antisemitismus, dass Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, der vor einigen Monaten verstarb, sicherstellte, dass er nach seinem Tode nicht in Deutschland begraben wurde, weil er nicht wollte, dass sein Grab in die Luft gesprengt wird, so wie es schon mehrfach mit dem Grab seines Vorgängers passierte.

In Osteuropa ist die Situation für die arbeitenden Massen sogar noch schlimmer. Gleichzeitig hat es in ganz Westeuropa riesige militante Kämpfe der Arbeiterklasse gegen diese Angriffe der Bourgeoisie gegeben. So heuerte die von der SPD geführte kapitalistische Regierung für die Feiern der Bourgeoisie am Brandenburger Tor anlässlich des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer die beliebtesten regierungsfreundlichen Schriftsteller und Künstler an. Nur

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

**Abonniert die Zeitung der SpAD!**

Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-

Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-

Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

04.04.00

**Bestellt bei:**

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

15 000 kamen, verglichen mit zwei Millionen bei der Millennium-Feier, denn die Mehrheit der Arbeiter in Deutschland und Europa sehen nichts, was zu feiern wäre.

Bei dieser Talkshow war Kohl nicht sehr erfreut darüber, was Gorbatschow sagte. Die Bourgeoisie betreibt diese große „Todes-Kommunismus“-Kampagne, dass angeblich 1989/90 jeder nach Kapitalismus lechzte, und die Treptow-Mobilisierung am 3. Januar 1990 passt überhaupt nicht in diese Kampagne. Nur ein Beispiel: Es wurde ein großes Buch mit den Protokollen von Kohls Verhandlungen 1989/90 veröffentlicht, ein- oder zweitausend Seiten lang. Die Protokolle von Ende Dezember 1989, dem Zeitpunkt unseres Aufrufs zum Einheitsfrontprotest in Treptow, bis Ende Januar 1990 wurden als „geheim“ vermerkt und nicht abgedruckt.

Zur gleichen Zeit gibt es eine finstere Kampagne der Bourgeoisie von Auschwitz, die DDR mit Hitlers Drittem Reich gleichzusetzen. So gibt es jetzt in den ehemaligen Nazi-Konzentrationslagern Ausstellungen über „Verbrechen der Roten Armee“ und „für die Opfer des Stalinismus“, d. h. hauptsächlich Nazis. Und am Jahrestag des Falls der Berliner Mauer verurteilten die Gerichte der Bourgeoisie drei ehemalige führende DDR-Bürokraten, Egon Krenz, Günter Kleiber und Günther Schabowski, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen – weil sie Repräsentanten des Arbeiterstaates DDR waren – und setzten dies mit den Nürnberger Prozessen gleich.

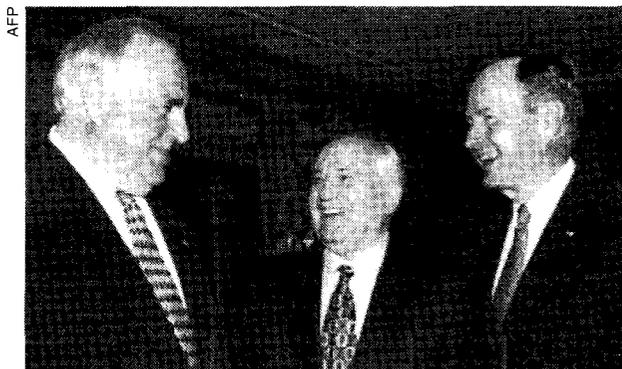
Was die Bourgeoisie mit dieser ganzen Kampagne verschwinden lassen möchte, ist, dass 1989/90 die Frage gestellt war: Revolution oder Konterrevolution. 1989 gab es eine revolutionäre Situation. Lenin definierte eine revolutionäre Situation als eine Situation, in der die Herrscher nicht mehr auf die alte Weise regieren können und die Unterdrückten nicht mehr in der alten Weise regiert werden wollen. Im Oktober 1989 brach die herrschende bürokratische Kaste der DDR zusammen; es gab wachsende Demonstrationen und Ende Oktober wurde der SED-Vorsitzende Honecker mit Hilfe von Gorbatschow gestürzt. Und was sich im ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat entwickelte, war eine keimende proletarisch-politische Revolution. Die Frage war gestellt: Welche Klasse soll herrschen? Entweder proletarisch-politische Revolution, d. h. die Arbeiterklasse stürzt die Bürokratie und nimmt die politische Macht in die eigenen Hände, oder kapitalistische Konterrevolution, d. h. die westdeutsche Bourgeoisie annektiert die DDR.

### Die Oktoberrevolution und der stalinistische Thermidor

Proletarisch-politische Revolution war das, wofür wir kämpften. Dieser Kampf muss auf der prinzipiellen Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen basieren. Um zu verstehen, was 1989 passierte und wie wir um die Macht kämpften, müssen wir zur Russischen Revolution von 1917 zurückgehen.

1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Dies war ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt. Mit dem Ausbruch des Krieges gingen viele der Parteien der Zweiten Internationale auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie über. Sie waren der Schlüssel dafür, die Arbeiterklasse eines jeden Landes gegen ihre Klassenbrüder in den anderen

**Kohl, Gorbatschow und Bush: Architekten der kapitalistischen Wiedervereinigung feiern 10 Jahre Konterrevolution, die Ostdeutschland verwüstete. Arbeits- und Obdachlose warten vor Berliner Volksküche**



P. Glaser



Ländern zu schicken, um sie abzuschlachten. Sie wurden zu dem, was Lenin bürgerliche Arbeiterparteien nannte, Parteien mit einer proletarischen Basis, aber mit einem bürgerlichen Programm – d. h. sie verteidigten die Interessen und die Herrschaft der Bourgeoisie.

Das Grauen des Ersten Weltkriegs brachte die Arbeiter des Russischen Reiches dazu, den Zaren in der Februarrevolution 1917 zu stürzen. Sie errichteten Sowjets – Arbeiterräte. Die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten vertraute zu diesem Zeitpunkt den Menschewiki, die die russischen Sozialdemokraten waren. Und die Menschewiki gaben die Macht zurück an die Bourgeoisie. Sie bildeten die Provisorische Regierung in Koalition mit offen bürgerlichen Parteien – eine Volksfront. Die Menschewiki, die die Mehrheit in den Sowjets hatten, ordneten die Sowjets der bürgerlichen Regierung unter mit dem Ziel, letztendlich die Sowjets aufzulösen und eine bürgerlich-parlamentarische Republik zu schaffen.

Das bedeutete die Fortsetzung des Krieges, es bedeutete das Eigentum der Bourgeoisie zu verteidigen, die Fabriken gegen die Arbeiter und die Großgrundbesitzer gegen die Bauernschaft. Den Bolschewiki, die von den Menschewiki schon viel früher gespalten hatten, war klar, dass die Sozialdemokraten nicht durch Druck dazu gebracht werden können, den Interessen der Arbeiter zu dienen, und kämpften stattdessen dafür, die proletarische Basis von ihrer sozialdemokratischen Führung zu brechen. Die Bolschewiki riefen dazu auf, dass die Sowjets mit der Bourgeoisie brechen, und forderten „Alle Macht den Sowjets!“ Aber genau das wollten die Menschewiki und die von den Menschewiki geführten Sowjets nicht tun.

Im Laufe des Kampfes zwischen Februar und Oktober 1917 überzeugten sich die Arbeiter und Soldaten davon, dass die Menschewiki nicht für ihre Interessen kämpfen würden, dass sie nicht mit der Bourgeoisie brechen würden, wie viel Druck man auch auf sie ausüben würde. Die Arbeiter und Soldaten brachen mit den Menschewiki und wurden

*Fortgesetzt auf Seite 14*

# 1989/90...

Fortsetzung von Seite 13

für die Bolschewiki gewonnen. Im Oktober 1917 führten die Bolschewiki die Arbeiterrevolution; basierend auf der bewaffneten Arbeiterklasse und den Soldaten ergriffen die Sowjets in einem Aufstand die Macht, wobei sie den bürgerlichen Staat zerschlugen.

Die Weltbourgeoisie tat alles, um die Revolution zu zerschlagen. Ein Bürgerkrieg von noch nie da gewesenem Ausmaß brach aus, als 14 kapitalistische Länder auf Seiten der Weißen Garden, den russischen konterrevolutionären Armeen, einmarschierten. Die Rote Armee, geführt von Trotzki, besiegte sie mit Hilfe der Arbeiterklasse in den Heimatländern der kapitalistischen Invasionsarmeen.

Den Bolschewiki war sehr wohl klar, dass das rückständige Sowjetrußland nicht überleben würde, wenn es isoliert blieb. Sie sahen den Oktober 1917 als den Beginn der Weltrevolution. Es war notwendig, die Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder auszuweiten. Deshalb gründeten Lenin und Trotzki die Dritte Internationale als die Partei, die notwendig war, die Weltrevolution zu führen.

Die Russische Revolution war ein Leuchtfeuer für alle Unterdrückten auf der ganzen Welt. Am Ende des Weltkrieges brach eine Welle revolutionärer Aufstände in ganz Europa aus. Wie ihr russisches Gegenstück taten die sozialdemokratischen Parteien in Europa alles, um die Herrschaft der Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse zu retten. Die neu gegründeten kommunistischen Parteien waren zu jung und unerfahren, um diese Revolutionen zum Sieg zu führen. In Deutschland, einem der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, war die revolutionäre Krise am schärfsten. Die SPD setzte die Freikorps, eine faschistoide konterrevolutionäre Armee, ein, um die Revolution von 1918/19 im Blut zu ertränken. Sie enthaupteten die junge Kommunistische Partei (KPD), indem sie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die zwei herausragendsten revolutionären Führer des deutschen Proletariats, töteten.

1923 wurde Deutschland durch eine außerordentliche revolutionäre Krise erschüttert. Die deutschen Arbeiter erwarteten von der KPD, dass diese sie führen würde, aber die Führung der KPD sah auf den linken Flügel der SPD, um die Revolution zu machen, und schloss sich mit ihm sogar in einer parlamentarischen, d. h. bürgerlichen, Koalitionsregierung zusammen. Als die KPD diese revolutionäre Situation verstreichen ließ, wurden die Arbeiter in der verwüsteten Sowjetunion demoralisiert, weil dies die Fortsetzung der Isolation der Russischen Revolution bedeutete.

Anfang 1924 nutzte eine konservative bürokratische Kaste, geführt von Stalin, die Situation aus und usurpierte die politische Macht, indem sie sie den Händen des Proletariats entriss. An diesem Punkt änderten sich die Menschen, die die UdSSR regierten, die Art und Weise, in der die UdSSR regiert wurde, und die Ziele, für die die UdSSR regiert wurde, völlig.

Es war eine politische Konterrevolution, aber keine soziale Konterrevolution. Die Bürokratie basierte auf der geplanten kollektivierten Wirtschaft; das ist, woher sie ihre Privilegien bezog. Jedoch besaß sie nicht die Produktionsmittel, die vergesellschaftetes Eigentum blieben. Bürokraten verwalteten eine Fabrik, aber sie konnten sie nicht besitzen; beispielsweise konnten sie diese Fabrik nicht ihren Kindern vererben. Sie waren keine herrschende Klasse, sondern eine instabile bürokratische Kaste. Diese Bürokratie hatte einen Doppelcharakter: Sie stand der Arbeiterklasse feindlich gegenüber, insoweit sie ihre Privilegien und ihre Herrschaft gegen die Arbeiter verteidigen musste. Gleichzeitig stammten ihre bürokratischen Privilegien von der Planwirtschaft, die als Ergebnis der siegreichen Oktoberrevolution entstand. Und die Weltbourgeoisie stand der sowjetischen Bürokratie feindlich gegenüber und kämpfte kompromisslos für die Zerstörung der Sowjetunion.

1924 proklamierte Stalin das Dogma vom „Sozialismus in einem Land“, das dem proletarischen Internationalismus, der die Oktoberrevolution inspiriert hatte, 180 Grad entgegengesetzt war. Damit wurde die Dritte Internationale aus einem Werkzeug für die Weltrevolution in ein Hindernis für sie verwandelt. Ihre Aufgabe war es nicht länger, die Arbeiter an die Macht zu führen, sondern die Imperialisten zu beschwichtigen, damit diese nicht die Sowjetunion angreifen, so dass der „Sozialismus“ dort aufgebaut werden könnte, aber nirgendwo sonst. Trotzki führte die Linke Opposition in einem kompromisslosen Kampf gegen die Degenerierung der Sowjetunion und der Dritten Internationale und verteidigte das bolschewistische Programm gegen die Stalinisten.

## Die Sowjetunion zerschlug Nazi-Deutschland

In Deutschland gab der Fehlschlag der Revolution 1923 den Faschisten Auftrieb. Sie wuchsen enorm Ende der 20er- und Anfang der 30er-Jahre, als Deutschland von der großen Weltwirtschaftskrise erschüttert wurde. Konfrontiert mit einer riesigen Klassenpolarisierung entfesselte die deutsche Bourgeoisie die Faschisten. Die Arbeiterklasse wollte kämpfen. Die SPD-Führung wollte ihre Arbeiterbasis nicht mobilisieren, denn einmal gegen die Faschisten in Bewegung gesetzt hätten die Arbeiter dabei nicht Halt gemacht, sondern wären weitergegangen und hätten das ganze kapitalistische System weggefegt, das den faschistischen Abschaum ausbrütet. Gleichzeitig weigerte sich die Kommunistische Partei, gegen die Faschisten in einer Einheitsfront mit der SPD zu mobilisieren, um einerseits die Faschisten zu zerschlagen und andererseits die Überlegenheit des kommunistischen Programms über das bürgerliche Programm der SPD zu beweisen. Solche Einheitsfrontaktionen hätten es den Kommunisten ermöglicht, im Verlaufe des Kampfes die SPD-Arbeiterbasis von ihrer verräterischen Führung wegzureißen, und somit den Weg für die proletarische Revolution eröffnet. Das ist es, wofür die trotzkistische Linke Opposition kämpfte.

Anfang 1933 kam Hitler an die Macht, ohne dass auch nur ein Schuss abgegeben wurde. Die Faschisten zerschlugen alle Arbeiterorganisationen – die Kommunistische Partei, die SPD und die Gewerkschaften. Dann begannen sie den Holocaust, die Ermordung von 6 Millionen Juden und von Millionen Homosexuellen, Roma und Kommunisten. 1941 marschierte das Nazi-Regime in die Sowjetunion ein, um ein Sechstel der Welt zurück unter das Joch der kapitalistischen

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

„Offener Brief an die SpAD und IKL“ und unsere Antwort: „Die Internationalist Group: Produkt der imperialistischen ‚Neuen Weltordnung‘“

DM 3,-  
Bestellungen über:  
Postfach 555  
10127 Berlin

### Den Trotzkiismus hassen, die Spartakisten hassen

Bulletinreihe: Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Nummer 3

Die Internationalist Group (IG):  
Produkt der „Tod-des-Kommunismus“-Kampagne  
der Bourgeoisie

Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Führung der Ereignisse gestützt, die sich in der DDR vor der Natur der Dinge her liefen, die der Situation im Januar, Oktober – eine Situation der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, Tag des am 3. Januar (Trotzkis Demonstration 1990) an und weiter fort jeden Tag – mächtiger Aufbruch, irgendwas finden sie schon an, auch Gebäude zu zerstören, es gab Forderungen zu bestrafen, Einreise sperren und so weiter. Das heißt, abgesehen von der, wie es sich gebärde.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Moscow mir, dass, wenn wir weiter über eine verfallende Union, zweite: Staaten erregung Deutschlands sind. Natürlich war ihm das schon klar!

Da sagte ich (Hanna Kohn), dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll.

(Michel Göttsche, behandelt in einer Rundfunkdebatte am 6. November 1990, wo die staatliche Rundfunk über die Konterrevolution geführt hat.)

SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 555, 10127 Berlin

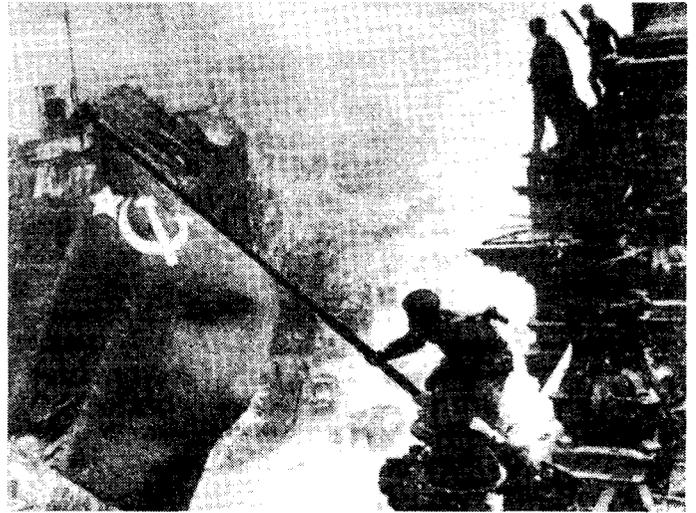
Dezember 1990  
Nr. 3  
DM 3,-

Ausbeutung zu bekommen. Wir Trotzlisten verteidigten die Sowjetunion bedingungslos militärisch. Aber wir hatten keine Seite im Krieg *zwischen* den imperialistischen Mächten. Stattdessen kämpften wir für deren Sturz durch internationale proletarische Revolution. Und es war die Rote Armee, trotz Stalin, die das Nazi-Regime zerschlug. Fast 30 Millionen sowjetische Bürger gaben ihr Leben.

Nach dem Sieg der Roten Armee haben die Stalinisten die Enteignung der Kapitalisten – aus ihren eigenen Gründen und mit ihren eigenen Methoden – in der DDR und in Osteuropa durchgeführt. Konfrontiert mit den Feindseligkeiten des imperialistischen Kalten Krieges schaffte die Sowjetbürokratie das Privateigentum in jenen Ländern ab, die von der Roten Armee besetzt waren, um die neuen Regime in Einklang mit dem der UdSSR zu bringen. So wurde die Reihe der sozialen Nachkriegsumwandlungen nicht als bewusster Akt des Proletariats, wie in der Russischen Revolution von 1917, vollzogen, sondern von oben nach unten mit militärisch-bürokratischen Mitteln, nachdem die früheren kapitalistischen Staaten im Verlauf des Krieges zerschlagen worden waren. So waren die politischen Regime aller deformierten Arbeiterstaaten in der Nachkriegszeit qualitativ gleich mit dem in der UdSSR nach Jahrzehnten stalinistischer Degenerierung. Dies schließt Jugoslawien, China, Nordkorea, Vietnam und Kuba ein, wo die Unterschiede, wenn überhaupt, nur quantitativ waren. Zwar ist die Enteignung der Produktionsmittel eine fortschrittliche Maßnahme, die wir verteidigen. Aber, wie Trotzki argumentierte, als die Rote Armee Ende 1939 in Ostpolen einmarschierte: Nicht solche Enteignungen sind das vorrangige politische Kriterium, sondern ob diese Umwandlungen in den Eigentumsverhältnissen zur Hebung des Bewusstseins und der Organisation des Proletariats führen. Von diesem entscheidenden Standpunkt aus, schrieb Trotzki in *Verteidigung des Marxismus*, „bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution“.

**Gorbatschows „Marktreformen“: Vorspiel zur Konterrevolution**

Wir verteidigten bedingungslos militärisch den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Im Gegensatz zum Kapitalismus versuchten die errichteten Planwirtschaften nicht die Profi-



Jewgeni Chaldei

**Rotarmisten auf dem Reichstag 1945 – die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime**

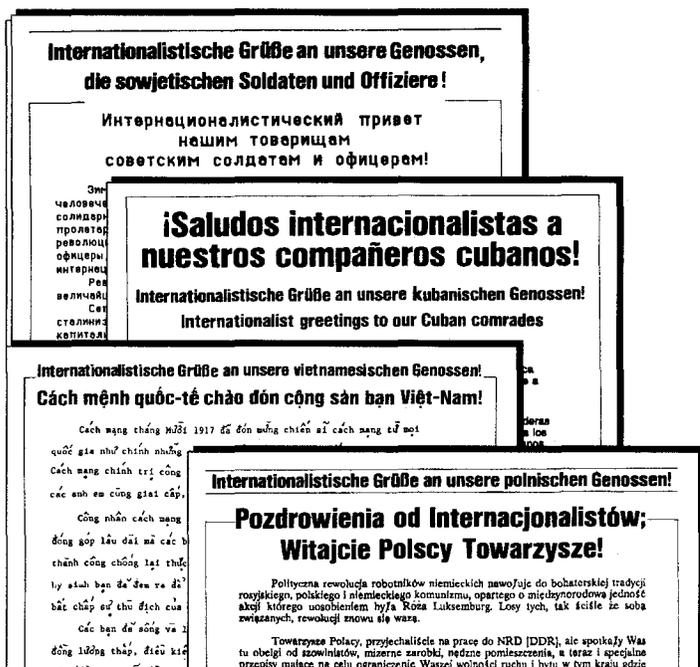
te, sondern die allgemeine Warenproduktion zu maximieren. Daher gab es ein Sozialsystem, von dem Arbeiter in kapitalistischen Ländern nur träumen konnten. In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit. Und zum Beispiel meine Mutter, die als Kind Herden hütete, konnte studieren und wurde Elektroingenieurin.

Neunzig Prozent der Frauen in der DDR hatten Arbeit. Und um das zu ermöglichen, gab es ein breites System von Kindergärten; es gab das so genannte „Babyjahr“, d. h. man bekam nach der Geburt eines Babys ein volles Jahr von der Arbeit frei bei voller Bezahlung; es gab Essen für alle Kinder an den Schulen und so weiter. Gleichzeitig predigten die Stalinisten reaktionäre Familienwerte und nach der Arbeit mussten Frauen die so genannte zweite Schicht, die Hausarbeit, schieben. Die Bevölkerung der DDR war zu über 95 Prozent atheistisch – es gab einfach keine materielle Grundlage für Religion. Selbst heute, wie sich eine führende bürgerliche Zeitung beschwerte, kann die Kirche in der ehemaligen DDR keinen Fuß auf den Boden bekommen und wird mit Feindschaft betrachtet.

Gleichzeitig versuchte die stalinistische Bürokratie, jegliches unabhängiges Denken und jeglichen unabhängigen politischen Ausdruck der Arbeiterklasse zu unterdrücken,

*Fortgesetzt auf Seite 16*

Die Tageszeitung *Arprekorr* – das Instrument, eine leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen. SpAD-Wahlplakat vom März 1990: Wir waren die Einzigen, die Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagten



Hirndorf/ZB

Spartakisten verteilten internationalistische Grüße in Russisch an sowjetische Soldaten und in Vietnamesisch, Polnisch, Spanisch an Arbeiter ausländischer Herkunft. Oben: Vietnamesischer Arbeiter und kubanische Arbeiterin in ostdeutscher Schuhfabrik

## 1989/90...

Fortsetzung von Seite 15

so dass die Arbeiterklasse atomisiert war und politisch entwaffnet. Es gab einen übermäßig großen Geheimdienst, der Stasi genannt wurde, der die Arbeiterklasse bespitzelte und jene, die er für Regimegegner hielt.

Trotz der stalinistischen Bürokratie machte die Sowjetunion aufgrund der Planwirtschaft riesige Schritte vorwärts, die jedoch unter schrecklichen Kosten und Opfern seitens der sowjetischen Massen erreicht wurden. Dennoch lag die Wirtschaft in Bezug auf Arbeitsproduktivität immer noch deutlich hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurück. In den 70er- und 80er-Jahren wurde es klar, dass die alten bürokratischen Methoden, extensive Investitionen in neue Anlagen zu stecken und Technik nachzuahmen, die in der Vergangenheit große Resultate erzielten – allerdings mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Unkosten –, an ihre Grenze gestoßen waren. Die UdSSR wurde von einer relativen ökonomischen Stagnation erfasst. Wie Trotzki 1936 in *Verratene Revolution* so weitsichtig bemerkte:

„In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität*.“

Also führte Gorbatschow, damals Führer der Bürokratie der Sowjetunion, so genannte „Marktsozialismus-Reformen“ ein. „Marktsozialismus“ bedeutete, zentralisierte Planung aufzugeben und kapitalistische Marktmechanismen in die Planwirtschaft einzuführen. Das bedeutete, Betrieb gegen Betrieb, Industrie gegen Industrie im Kampf um Ressourcen und Kunden zu stellen. Das stellte die Industrie gegen die Verbraucher, weil die Industrie nicht mehr das produzieren wollte, was gebraucht wurde, sondern was profitabel war. Das gab dem Nationalismus und dem Zusammenbruch der UdSSR Auftrieb, indem die reicheren, industrialisierteren Regionen gegen die rückständigeren und weniger industrialisierten gestellt wurden. Diese „Reformen“ entlarvten auf dramatische Weise die Appetite eines Flügels der Bürokratie, seine unsicheren wirtschaftlichen Privilegien dadurch zu sichern, dass er den Arbeiterstaat Stück für Stück auffraß und versuchte, selbst eine Klasse, die Privateigentum besitzt, zu werden.

Gleichzeitig zog Gorbatschow die Rote Armee 1989 aus

Afghanistan ab und lieferte die afghanischen Frauen den Mördern der CIA-unterstützten Mudschaheddin aus, um die US-Imperialisten zu beschwichtigen. Wir nannten das einen Verrat und boten der afghanischen Regierung an, eine internationale Brigade zu organisieren, um gegen die Mudschaheddin zu kämpfen. Sie lehnten dieses Angebot ab, also sammelten wir Geld für die Stadt Jalalabad, die gegen die Belagerung der Mudschaheddin kämpfte. Wir sagten damals, dass es besser ist, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen als die Konterrevolution in Moskau.

### Der Fall der Berliner Mauer

Im Sommer 1989 gab es eine große Ausreisewelle von DDR-Bürgern in den Westen, die große Löcher in die Planwirtschaft riss. Gleichzeitig gab Gorbatschow als Teil seiner „Marktsozialismus“-Reformen bekannt, dass die Sowjetunion Öl und Rohstoffe nur zu Weltmarktpreisen und -währungen an die anderen deformierten Arbeiterstaaten verkaufen würde.

Es wurde klar, dass die DDR nicht auf die alte Weise weitermachen konnte. Anfang Oktober 1989 fingen Demonstrationen an und wuchsen von Woche zu Woche. Honecker wollte die Armee gegen die Demonstranten einsetzen, aber Gorbatschow und das Kommando der Roten Armee in der DDR sagten Nein. Ende Oktober wurde Honecker gestürzt. Am 4. November 1989 gab es eine millionenstarke Demonstration in Ostberlin. Dort konnte man viele prosozialistische Banner sehen und Losungen wie „Für kommunistische Ideale“, „Gegen Privilegien“, „Bildet Arbeiterräte“ und so weiter. Fünf Tage später fiel die Berliner Mauer.

Sofort traf sich das Internationale Exekutivkomitee der IKL und 24 Stunden später flogen die ersten führenden Genossen nach Deutschland, um die Trotzkiistische Liga Deutschlands, damals die deutsche Sektion der IKL, zu unterstützen bei ihrer Intervention in diese keimende proletarisch-politische Revolution, um der ostdeutschen Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben. Im Verlauf dieser Intervention – die größte, welche die IKL jemals unternahm – hatten wir ein Drittel unserer Mitgliedschaft dort vor Ort. Wir warfen alles hinein, was wir hatten.

Am 7. Dezember brachten wir die erste Ausgabe von *Aprèkorr*, Arbeiterpressekorrespondenz, heraus, eine Tageszeitung, als kollektiver Organisator der Avantgarde der Arbeiterklasse und als das Werkzeug, die Partei aufzubauen, die notwendig war, um die proletarisch-politische Revolu-

tion zu führen. Sie wurde uns förmlich aus den Händen gerissen. In allen Städten schossen Gruppen von Jugendlichen oder Arbeitern aus dem Boden, die *Arprekorr* verteilten und die wir in den Spartakist-Gruppen organisierten.

### Für ein Rotes Arbeiterrätendeutschland!

Wir intervenierten mit unserem Programm für ein Rotes Arbeiterrätendeutschland, für die revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution im Osten, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, und für sozialistische Revolution im Westen, um die Bourgeoisie zu stürzen. Wir verstanden, dass Deutschland entlang einer Klassenlinie geteilt war und dass die Frage stand: revolutionäre oder konterrevolutionäre Wiedervereinigung. Also machten wir unsere Opposition zu Letzterer klar mit unserer Losung „Nein zum Ausverkauf der DDR!“. Von diesem Standpunkt aus kämpften wir für eine Partei in Ost und West und waren gegen eine Zwei-Parteien-Konzeption, eine für den Osten und eine für den Westen. Wir schickten Mitglieder der ostdeutschen Spartakist-Gruppen auf Tour durch das Ruhrgebiet, das industrielle Kernland des deutschen Kapitalismus.

In der DDR trafen wir auf eine widersprüchliche Form von falschem Bewusstsein, das auf den Lügen und Entstellungen des Stalinismus basierte. Diese volksfrontlerische Weltanschauung setzte falsche Kategorien wie „friedliebende Länder“, „progressive Völker“ oder „Flügel“ des Imperialismus an die Stelle einer revolutionären Weltanschauung, die auf einer Perspektive des Klassenkampfes basiert. Viele in der DDR dachten: „Wir leben in diesem beschützten ‚Sozialismus in einem halben Land‘ und da draußen gibt es eine im Grunde genommen unveränderliche, feindliche Welt ohne Klassenwidersprüche.“ Unser Programm für eine revolutionäre Wiedervereinigung ging dagegen an, aber es gab weit verbreiteten Skeptizismus gegenüber der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Westdeutschland.

Im selben Zeitraum verhinderte die Bourgeoisie in Westdeutschland mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einen Streik der machtvollen Metallarbeitergewerkschaft, indem sie den Arbeitern eine große Lohnerhöhung gab. Solch ein Streik hätte machtvoll dieses falsche Bewusstsein, dass eine Revolution in Westdeutschland unmöglich sei und dass es keine Klassenwidersprüche gäbe, sprengen können.

Die Möglichkeit einer politischen Revolution in der DDR stellte sich schon vor Jahrzehnten. 1953, mit dem Tod Stalins, sahen die ostdeutschen Arbeiter revolutionäre Möglichkeiten und begannen eine proletarisch-politische Revolution. Ostberliner Metallarbeiter demonstrierten durch Westberlin, forderten eine Metallarbeiterregierung und sagten ihren Klassenbrüdern im Westen: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ Der damalige sowjetische Führer Chruschtschow mobilisierte Panzer der Sowjetarmee, was die ostdeutschen Stalinisten zu der Zeit rettete.

In der keimenden politischen Revolution, die im Herbst 1989 anfang, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf, wie jene in Russland im Oktober 1917. Arbeiter aus Fabriken kamen zu uns und fragten uns, wie man das macht. Na ja, in einer Fabrik würdet ihr Delegierte wählen, die abrufbar sind, die nicht mehr bezahlt bekom-



kein Bildnachweis

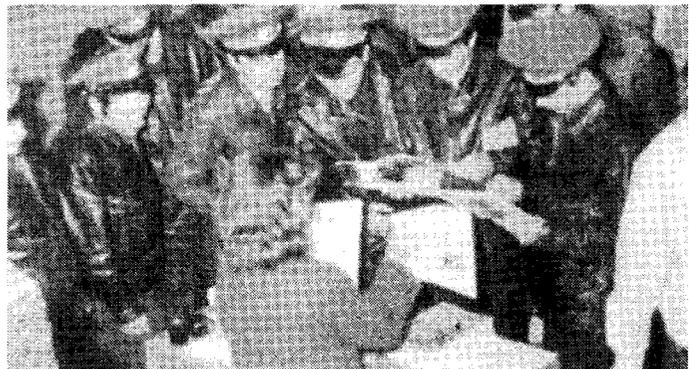
**Beginnende proletarisch-politische Revolution in Ostdeutschland im Juni 1953 wurde durch sowjetische Panzer unterdrückt. Hennigsdorfer Stahlarbeiter appellierten an Arbeiter im Westen: Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!**

men als ein normaler Arbeiter und die verantwortlich dafür sind, die Politik in den Arbeiterräten zu entscheiden, d. h. wie man den Ausverkauf der Fabrik verhindert, wie man die Faschisten stoppt und Wohnviertel von ausländischen Arbeitern schützt, und letztendlich, wie man die gesamte Gesellschaft regiert. Diese Räte würden die Organe der proletarischen Diktatur sein, entscheiden, was und wie viel zu produzieren ist usw.

In der DDR gab es Fabrikmilizen – die Kampfgruppen. Sie wurden gegründet, um ein weiteres 1953 zu verhindern, aber sie sahen sich selbst als Verteidiger des Arbeiterstaats auf der Fabrikebene. Es gab Abteilungen in jeder Fabrik, mit Zugang sogar zu schweren Waffen wie Artillerie und Panzern. Im November 1989, als die SED-Parteiorganisationen auf Fabrikebene verschwanden, hatten die Kampfgruppen das sehr reale Potenzial, zum Kristallisationspunkt für eine proletarisch-politische Revolution zu werden.

Mein Vater war in den Kampfgruppen. Um 1988 herum trainierten sie nicht nur, wie sie ihre Fabrik gegen Saboteure verteidigen können oder wie sie eine NATO-Invasion bekämpfen können, sondern auch, wie sie Demonstrationen auflösen können. Es gab großes Unbehagen darüber. Mein Vater sagte mir, dass seine Abteilung das gar nicht mochte. Anfang Oktober 1989, als ich zu meiner ersten Demonstration ging, brachte man, bevor man zu einer Demo ging, in Erfahrung, was die Einheiten der Kampfgruppen untereinander diskutierten, um rauszukriegen, ob sie bereit waren,

*Fortgesetzt auf Seite 18*



Spartakist

**8. Mai 1991, IKL-Büchertisch bei Gedenkveranstaltung sowjetischer Offiziere und Soldaten für Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Hitlers Drittes Reich**

## 1989/90...

Fortsetzung von Seite 17

gegen die Demonstration vorzugehen. Sie waren es nicht. Es war also eine ziemlich bewusste Entscheidung der Stalinisten, diese Einheiten Anfang Dezember aufzulösen und damit die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Wegen unserer Propaganda gründeten Einheiten der ost-deutschen Armee – der Nationalen Volksarmee – Soldatenräte. Einige dieser Räte zirkulierten *Arprekorr* innerhalb der Armee. Es waren diese Einheiten, die von den Stalinisten in Panik aufgelöst wurden. Ein Delegierter eines Soldatenrates hörte unsere Rede auf der Treptower Demonstration. Er ging zur Bühne rauf und sagte: „Ihr ruft zu Soldatenräten auf – so, hier bin ich, ich möchte reden.“ Aber die Stalinisten ließen ihn nicht reden. Wir rekrutierten eine Reihe von Genossen in Ostdeutschland aus diesen Soldatenräten.

Bei unserer Intervention in der DDR 1989/90 riefen wir zu einer leninistisch-egalitären Partei auf. Anfang Dezember 1989 gab es einen außerordentlichen Parteitag der SED, der stalinistischen herrschenden Partei, der mehrere Tage dauerte. Sie warfen die alte Führung raus und fügten zu ihrem alten Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) hinzu. Das verstärkte die Illusionen vieler prokommunistischer Arbeiter und Basismitglieder der SED, dass die SED-PDS, wie sie jetzt hieß, reformierbar sei. Aber das war sie nicht. Die neuen Helden der neuen Führung – Gregor Gysi, Lothar Bisky und Hans Modrow – waren die Sozialdemokraten Karl Kautsky und Eduard Bernstein, die gegen die Russische Revolution waren und kämpften und die die Deutsche Revolution 1918/19 zum Entgleisen brachten. Wir riefen zu einer leninistischen Partei auf, um dagegen anzugehen.

Mit dem Begriff „egalitär“ machten wir klar, dass wir gegen bürokratische Privilegien waren, dass wir nicht die alte SED reformieren wollten, sondern dass wir eine wirklich kommunistische Partei der Arbeiterklasse meinten. Ihr mögt euch fragen, warum wir nicht einfach zu einer trotzkistischen Partei aufriefen. Die Stalinisten hatten jahrzehntelang die Lüge verbreitet, dass Trotzki ein sozialdemokratischer – oder gar faschistischer und ich weiß nicht was sonst noch alles – Konterrevolutionär war. Wir bekamen Briefe von Studenten und Arbeitern, die sagten: „Wir stimmen vollkommen mit dem überein, was ihr schreibt, und wollen auch dafür kämpfen, aber wie könnt ihr euch Trotzki nennen?“ Um die Lügen, die von den Stalinisten verbreitet wurden, zu bekämpfen und zu entlarven, brachten wir eine Ausgabe von *Spartacist* heraus (deutsche Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90) mit dem Titel „Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist“.

Schlüssel für den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, um Arbeiter- und Soldatenräte und eine neue leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, war der Kampf für proletarischen Internationalismus gegen alle Formen von Nationalismus und Rassismus. Es gab eine recht große Anzahl Arbeiter aus Vietnam, Kuba, Mosambik, Angola und Polen in der DDR. Aber sie hatten keine Staatsbürgerrechte. Sie mussten getrennt vom Rest der Bevölkerung leben, und obwohl sie formell dieselben Löhne erhielten, wurden diese nicht immer ausgezahlt. Wenn eine vietnamesische Arbeiterin in der DDR schwanger wurde, wurde sie nach Vietnam zurückgeschickt. Das war das völlige Gegenteil des Arbeiterstaates, den die Bolschewiki aufgebaut hatten und für den wir kämpften. Eines der ersten Gesetze, die in Sowjetrußland nach der Revolution in Kraft traten, war, dass jeder, der dort lebt und nicht Arbeiter oder Bauern ausbeutet, volle Staatsbürgerrechte hat.

Wir stellten die Forderung auf: „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“ Das war ein Schlüssel, um gegen

rassistische Spaltungen in der Arbeiterklasse zu kämpfen. In unserer Tageszeitung *Arprekorr* veröffentlichten wir internationalistische Grüße in verschiedenen Sprachen: Vietnamesisch, Portugiesisch, Polnisch, Spanisch und auch auf Russisch. Auch konnten diese Arbeiter eine lebendige Brücke bilden, um die Partei aufzubauen und die Revolution in ihre Heimatländer zu tragen. Aus genau diesem Grund befahlen die kubanischen Stalinisten allen kubanischen Arbeitern und Studenten in der DDR, dass sie nach Kuba zurückkehren sollen, damit sie nicht mit proletarisch-politischer Revolution und der Idee der Herrschaft der Arbeiterräte infiziert werden. Ebenso von kritischer Bedeutung war unsere bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion. Es gab tiefe prosowjetische Gefühle. Die Rote Armee hatte das Naziregime zerschlagen und sie war lebensnotwendig für die Verteidigung gegen die NATO.

Aber die Resonanz unseres Programms war nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Immigrierte Arbeiter aus der Türkei sind ein strategischer Bestandteil der westdeutschen Arbeiterklasse, konzentriert in strategischen Industrien. Und sie sind viel entfremdet von der westdeutschen Sozialdemokratie, die die rassistischen Spaltungen in der Arbeiterklasse verstärkt, welche von der bürgerlichen Gesellschaft, die die SPD verteidigt, hervorgebracht werden. Um ein Beispiel zu nennen: Unser Westberliner Büro war in einem Zentrum türkischer Immigrantengruppen, das sich Halkevi nannte. Sie überließen uns einen großen Teil ihres Büros, weil sie verstanden, dass ein wiedervereinigter deutscher Imperialismus verstärkten deutschen Nationalismus und rassistischen Terror bedeuten würde. Eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution im Osten dagegen würde ein großer Schlag gegen Rassismus sein und ein großer Schritt und eine Inspiration für eine soziale Revolution in Westdeutschland.

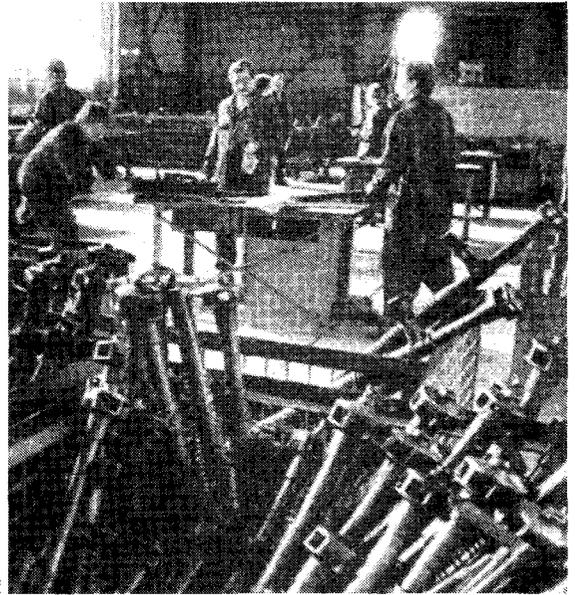
Ein weiterer Aspekt unseres proletarischen internationalistischen Kampfes war unser Aufruf für die revolutionäre Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats. Unsere Arbeit gegenüber der Roten Armee war ein Teil dieser Perspektive, das Programm von Lenin und Trotzki zurück in die Sowjetunion zu tragen. Man muss verstehen, dass die DDR dem westdeutschen Imperialismus direkt gegenüberstand, einer der stärksten imperialistischen Mächte der Welt, und seiner Armee, der zweitstärksten in der NATO. Die Rote Armee und die DDR waren an der Frontlinie zur NATO.

Wir wurden wirklich herzlich empfangen in den Kasernen der Roten Armee, wo uns mit großem Interesse und mit Offenheit begegnet wurde. Aber ich muss euch auch sagen, die Verkäufe waren nicht leicht. Eines unserer Verkaufsteams ging in eine der Kasernen – entweder haben sie sich reingeschlichen oder einen Deal mit den Offizieren gemacht – und sie gingen von Raum zu Raum. Die Soldaten waren sehr interessiert und froh, so haben wir schnell unsere Zeitungen ausverkauft. Gleichzeitig wurde aber in jedem Raum eine Flasche Wodka hervorgekramt und dann trank man einen auf den Internationalismus und noch einen auf die Verteidigung der Sowjetunion und so weiter. Letztendlich war unser Team nicht nur ausverkauft, sondern auch vollkommen betrunken und keiner der Genossen konnte sich mehr erinnern, wie sie wieder nach Hause gekommen sind. Später wurden wir in die Kasernen der Roten Armee eingeladen, um Veranstaltungen für die Offiziere und Soldaten durchzuführen. Unsere Perspektive, den Trotzkismus zu den sowjetischen Arbeitern und Soldaten zu bringen, nahm lebendige Gestalt an.

Sehr wichtig war der Kampf gegen antipolnischen Chauvinismus, wovon es eine Menge gab. Man muss wissen, dass die DDR ökonomisch einer der stärksten osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten war. Es gab dieses wirklich



Jürgens/Ost und Europa



**Aus Furcht vor proletarisch-politischer Revolution löste das ostdeutsche stalinistische Regime die Betriebskampfgruppen (oben) auf und zerstörte ihre Waffen (rechts)**

rückständige Bewusstsein wie: „Wir sind die Besten, die anderen können nicht richtig arbeiten, die können Sachen nicht organisieren, die sind faul“, und diesen ganzen Müll. Unsere internationalistischen Grüße an die polnischen Arbeiter waren sehr wichtig. Im Mai 1990 veröffentlichten wir auch einen „Brief an die polnischen Arbeiter“, der sowohl in der DDR als auch in Polen verteilt wurde. Eine Gruppe, die aus der Jugendorganisation der polnischen stalinistischen Partei kam, kriegte diesen in ihre Hände. Sie schrieben uns zurück, wir kontaktierten sie und daraus kam unsere polnische Sektion, die Spartakusowska Grupa Polski.

Der Schlüssel dafür, uns an die polnischen Arbeiter zu wenden, war unser kompromissloser Kampf gegen die konterrevolutionäre, von Vatikan und CIA unterstützte Solidarność, die sich als Gewerkschaft ausgab – nebenbei, die einzige „Gewerkschaft“, die die Imperialisten jemals mochten. Sie war gerade 1989 an die Macht gekommen und führte die Konterrevolution. Stellt euch einfach mal die Wirkung auf ostdeutsche Arbeiter vor, wenn Streiks in Polen gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse wegen der Konterrevolution zu dieser Zeit ausgebrochen wären. Oder umgekehrt, wie eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution die polnischen Arbeiter inspiriert hätte, Solidarność zu stürzen. Es gibt eine Tradition, die auf Rosa Luxemburg zurückgeht, eine der hervorragendsten Führerinnen der deutschen Arbeiterklasse, die polnisch-jüdischer Herkunft war und auch eine Führerin der revolutionären polnischen Arbeiterpartei.

### Die revolutionäre Zeitung

In seiner Polemik von 1902, *Was Tun?*, erklärt Lenin, dass die Zeitung der kollektive Organisator der revolutionären Partei ist. Genau das konnte man im realen Leben mit unserer Tageszeitung *Arprekorr* und unserem zweiwöchentlichen *Spartakist* sehen. Die erste *Arprekorr* kam Anfang Dezember heraus, gegen Ende Dezember bestand ein großer Teil unserer Arbeit darin, Pakete über Pakete jeder Ausgabe in alle Teile der DDR zu verschicken. Wir verkauften 10–12000 *Arprekorr* pro Tag. Das waren *durchschnittliche* Verkäufe.

Zur Zeit unserer Mobilisierung für Treptow kam ein Genosse in Rostock an, ging in ein Hotel und hielt eine Rede über die Notwendigkeit von Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten und für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten. Der Genosse sagte, dass es deswegen notwendig sei, dass die Hotelarbeiter uns Schreibmaschine und Papier zur Verfügung stellen, und wir bräuchten einen Drucker. Es gab eine große Diskussion: Für und Wider. Ein

Haustechniker kam dazu und sagte uns: „Raum dreihundertoundso. Dort gibt es eine Schreibmaschine. Und ich weiß, wo ich Papier herbekomme für das Flugblatt.“ So wurde unser Flugblatt für Treptow in Rostock gedruckt. Als er zu seinem Auto zurückging, fand unser Genosse eine *Arprekorr* auf der Windschutzscheibe. Damit war klar: Wir haben eine Spartakist-Gruppe in Rostock. Was wir tun mussten, war sie zu finden und die Organisatoren derjenigen, die *Arprekorr* verteilten, zu organisieren, als Kern der neuen leninistisch-egalitären Partei, d. h. revolutionär-trotzkistischen Partei. Wir mussten sie darin trainieren, die Spartakist-Gruppe aufzubauen und auszuweiten.

Gleichzeitig, wie ich vorher schon erwähnte, brachten wir auch eine neue Ausgabe von *Spartacist* mit dem Titel „Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist“ heraus. Diese Broschüre war eine Polemik gegen die Stalinisten und auch gegen die vorgeblichen Trotzkisten, von denen manche in der DDR intervenierten und die alle die Konterrevolution unterstützten. Wir nennen diese Gruppen zentristisch, das heißt „revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten“. In einer vorrevolutionären Situation ist der Kampf gegen Zentrismus noch wichtiger als sonst. Wenn neue Schichten von Arbeitern und Jugendlichen sich politisieren, ist es besonders dringend, die Zentristen zu entlarven, so dass niemand von ihrer pseudorevolutionären Rhetorik, mit der sie ihr reformistisches Programm verkaufen, zum Narren gehalten wird.

Eine dieser zentristischen Gruppen ist die Gruppe Arbeitermacht, die sich von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party in den frühen 80er-Jahren abspaltete. Während Arbeitermacht im Februar 1990 in der DDR intervenierte, hatte ihre irische Gruppe damals eine Überschrift: „Nieder mit dem Stalinismus – Nieder mit dem Imperialismus“. Das offenbarte eine klassische Position des „Dritten Lagers“ – d. h. ein Gleichheitszeichen zwischen den kapitalistischen Staaten und den deformierten Arbeiterstaaten zu machen –, was Unterstützung für die Konterrevolution bedeutete. Sie waren damit beschäftigt, die Angriffe der rechtesten Elemente, einschließlich Faschisten, auf die Stasizentrale zu bejubeln. Das war Mitte Januar, nach Treptow, als es eine riesige antikommunistische Offensive der westdeutschen Sozialdemokratie und der gesamten Bourgeoisie gab. Workers Power forderte auch den sofortigen Abzug der Roten Armee. Alle Pseudotrotzkisten unterstützten letzten Endes die Konterrevolution.

Dann gibt es eine Gruppe, die sich Bolschewistische Tendenz (BT, in Deutschland Gruppe Spartakus) nennt, ein Haufen verbitterter Ex-Mitglieder, die aus unserer Organisation

*Fortgesetzt auf Seite 20*

## 1989/90...

Fortsetzung von Seite 19

in der Hitze des zweiten Kalten Krieges in den frühen 80er-Jahren desertierten. Sie sagten, dass es keine keimende politische Revolution gäbe, und erklärten die Stalinisten zum Hauptfeind. Aber wer soll sie stürzen, wenn nicht das Proletariat? Nun, sie haben uns erbittert dafür angegriffen, dass wir nicht die SPD, das Trojanische Pferd der Konterrevolution, auf die Tribüne in Treptow eingeladen haben! Natürlich haben wir das nicht gemacht! Um euch eine Idee zu geben: Die Sozialdemokratie war zu diesem Zeitpunkt damit beschäftigt, zusammen mit Nazis im Süden der DDR zu demonstrieren, die deutsche Fahne zu schwingen und gemeinsam „Deutschland, einig Vaterland!“ zu grölen. Genau dort lagen die Appetite der BT.

### Die Spartakist-Gruppen

Ein bis zwei Wochen nachdem die erste Ausgabe von *Arprekorr* erschienen war, wurde sie in allen größeren Städten Ostdeutschlands verteilt. Diejenigen, die sie verteilten, taten das, weil sie damit übereinstimmten, wofür wir kämpften. Die Rolle der Zeitung als kollektiver Organisator der Partei war 1989/90 auf explosive Weise sichtbar. Das Wichtigste war, diese Verteiler wirklich zu organisieren, Kommunikation herzustellen und sie politisch zu trainieren, weil die Spartakist-Gruppen das Mittel waren, die revolutionäre Partei aufzubauen, die notwendig war, um die politische Revolution zu führen. Sie waren ein Mittel, die Macht unseres Programms über die Macht der Organisation in Staatsmacht umzuwandeln, in die Herrschaft der Arbeiterklasse in der Gesellschaft. Die erste Spartakist-Gruppe wurde in Berlin am 21. Dezember 1989 gegründet.

Es bedarf immer interner Kämpfe, um die Partei in einer neuen politischen Situation neu zu orientieren. Eine unserer Losungen in diesem Kampf war: „Alles ist möglich in der DDR!“ Das war die reine Wahrheit. In Ostberlin bekamen wir unser Büro, indem wir in ein Kulturhaus gingen und mit den Arbeitern dort sprachen. Sie diskutierten das und gaben uns eine ganze Etage, für die sie nur eine symbolische Miete nahmen. Sie entschieden, dass eine Konterrevolution das sichere Ende für dieses Kulturhaus bedeuten würde. Um das zu verhindern, gaben sie uns Räume und Telefone.

Ein weiteres Beispiel: Wir hätten beinahe keine Zeitungen auf der Treptower Demonstration gehabt. Es gab einen riesigen Verkehrsstau an der Grenze zwischen West- und Ostberlin und unser Wagen steckte mittendrin zusammen mit der frisch gedruckten *Arprekorr*. Unser Genosse stieg aus dem Wagen aus, ging zu den ostdeutschen Grenzsoldaten und sagte: „Wir sind die Spartakisten. Wir müssen zu dieser Demonstration in Treptow und unser LKW mit unseren Zeitungen steckt dort im Stau. Wir müssen die Zeitungen rechtzeitig zur Demo kriegen!“ Die Spartakisten und *Arprekorr* waren schon gut bekannt unter den Soldaten. Sie sagten uns: „Fahrt aus der Spur heraus. Dort drüben ist die Straße für die Diplomaten; nehmt diese Durchfahrt und wir führen euch weiter.“ Und so erreichte die Zeitung die Demo rechtzeitig. Das illustriert, wie eine revolutionäre Situation aussieht: Alles ist auf den Kopf gestellt. Alles ist machbar, was gestern noch unmöglich schien. Und das Bewusstsein ändert sich rapide.

Am 21. Januar gründeten wir die Spartakist-Arbeiterpartei, eine Fusion der Spartakist-Gruppen und der Trotzlistischen Liga Deutschlands. Die SpAD nahm den Kampf gegen die konterrevolutionäre Kampagne auf, die nach Treptow entfesselt wurde, um die DDR in den Anschluss zu treiben.

Treptow war wirklich der Wendepunkt. Danach organisierten die Stalinisten die wilde Flucht hinein in die Konter-

revolution. Die deutsche Bourgeoisie geriet in Raserei und eröffnete einen Blitzkrieg, der auch gegen die Stalinisten gerichtet war. Es gab eine Sitzung des so genannten Runden Tisches – eine konterrevolutionäre Versammlung, die alle oppositionellen Gruppen in der DDR einschloss, zusammen mit der SED-PDS und der ostdeutschen SPD/SDP. Die SPD trat auf und schrie gegen die stalinistische SED-PDS: Wie könnt ihr auf derselben Tribüne mit den Trotzlisten sein, die uns das Trojanische Pferd der Konterrevolution nennen? Und Gysi stand für die SED-PDS auf und sagte im Grunde genommen: Wir sind genauso erschrocken über Treptow wie ihr, wir mochten auch nicht, was die Trotzlisten sagten und was passiert ist, es war ein Fehler, zu der Treptower Demonstration aufzurufen. Modrow von der SED-PDS, damals Chef der DDR-Regierung, hatte Pläne angekündigt, einen neuen Geheimdienst zu gründen. Ich überlasse es euch zu raten, gegen wen der wohl gerichtet worden wäre. Dann, Ende Januar, verkündete Modrow offen: „Deutschland, einig Vaterland!“

Die Wirkung auf die fortgeschrittensten Arbeiter war verheerend, weil sie immer noch auf die SED-PDS schauten und hofften, dass sie eine Art Hindernis zur Konterrevolution wäre. Trotzki hatte schon in Bezug auf die Spanische Revolution erklärt, dass Arbeiter nicht einfach mit der Partei brechen, die sie ins politische Leben brachte. Die Stalinisten wussten das und spielten auf Zeit. Gleichzeitig öffnete die SED-PDS alle Tore, um die deutsche Bourgeoisie reinzulassen. Ganze Fabriken wurden ausverkauft und die fortgeschrittensten Arbeiter wurden auf vollbezahlte „Kurzarbeit Null“ gesetzt, sprich gefeuert. Die Bourgeoisie pumpte Milliarden von D-Mark in die DDR.

In unserer Propaganda verschoben wir ebenfalls die Betonung, um die Notwendigkeit von Widerstand gegen die konzertierte Kampagne, die ostdeutsche Arbeiterklasse in die Konterrevolution zu drängen, hervorzuheben. Immer und immer wieder hatten wir die Überschrift „Nein zum kapitalistischen Anschluss!“. Wir sagten: Nein zur Konterrevolution! Organisiert euch gegen den Ausverkauf der Fabriken! Wer gibt den Direktoren und anderen stalinistischen Bürokraten das Recht, die Fabriken zu verkaufen, die ihnen nicht gehören, sondern uns, der Arbeiterklasse?

Gegen die konterrevolutionäre Perspektive der kapitalistischen Vereinigung Deutschlands stellten wir die revolutionäre Perspektive der Einheit des deutschen und sowjetischen Proletariats, was auch gegen den falschen Glauben unter vielen ostdeutschen Arbeitern gerichtet war, dass es der westdeutschen Arbeiterklasse an jeglichen revolutionären Fähigkeiten fehle. Sie sagten uns, dass eine Revolution in Westdeutschland vielleicht möglich wäre, aber nicht heute oder morgen, und wir müssen heute etwas machen; wenn wir uns erheben, dann werden wir sofort mit dem machtvollen westdeutschen Imperialismus konfrontiert sein, mit der NATO, den Faschisten usw.

Die Sowjetunion war alles andere als stabil. Einerseits gab es zunehmende nationalistische Spannungen und konterrevolutionäre Bewegungen, besonders in den baltischen Staaten. Andererseits hat es auch machtvolle Streiks der sibirischen Bergarbeiter gegeben, die zu schweren Erschütterungen bei der Bürokratie geführt hatten, wo spontan Sowjets gegründet worden waren und so weiter. Wir stellten die Losung auf: „Für eine Föderation von UdSSR und DDR, basierend auf Arbeiterdemokratie!“

Die Wahlen im März 1990 waren ein Referendum über Ja oder Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, also Ja oder Nein zur kapitalistischen Konterrevolution. Wir machten klar, dass jede Organisation eine klare Position vor der Arbeiterklasse zu dieser lebenswichtigen Frage einnehmen muss. Unser zentraler Punkt war immer und immer wieder ein klares, unzweideutiges und lautes „Nein!“.

Als eine Taktik, um die Stimmenzahl gegen die Konterrevolution zu maximieren und prosozialistische Arbeiter von pseudolinken Organisationen zu brechen, die die Konterrevolution unterstützten, und um diejenigen linken Organisationen zu spalten und umzugruppieren, die sich unter den Schlägen des kommenden Referendums polarisierten, schlugen wir für die Volkskammerwahl am 18. März die folgende Übereinkunft vor: Wenn eine Organisation bereit ist, klar, öffentlich, unzweideutig und schriftlich zu sagen, dass sie gegen kapitalistische Wiedervereinigung ist, würden wir unsere Unterstützer aufrufen, für deren Kandidaten zu stimmen, wo wir nicht antreten, und die andere Partei würde gleichzeitig ihre Unterstützer auffordern, für unsere Kandidaten zu stimmen, wo sie nicht antreten. Wie sich herausstellte: *Wir waren die Einzigen, die gegen kapitalistische Konterrevolution kämpften!*

### Stalinismus: Totengräber von Revolutionen

Unter dem Ansturm der bürgerlichen Offensive verzweifelten die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zunehmend. Um ein Beispiel zu geben: Als wir die Stadtreinigungsarbeiter in Halle besuchten, sahen wir unser Wahlplakat direkt neben dem der konservativen Christdemokraten hängen, die zu der Zeit die Regierung in Westdeutschland führten. Wir fragten, was soll das? Das ist nicht die Partei, neben der wir uns sehen wollen. Die Arbeiter erklärten uns: Entweder entscheiden wir uns für Revolution, dann stimmen wir für euch, oder wir entscheiden uns für Kapitalismus und stimmen für die Partei, die die besten Verbindungen und den besten Zugang zu Kapital hat. Diese Art von Polarisierung gibt euch wirklich eine Vorstellung von der Verzweiflung der Arbeiter.

Am 18. März stimmten 85 Prozent entweder für die christdemokratisch- oder für die sozialdemokratisch-basierten Koalitionen, d. h. für kapitalistische Wiedervereinigung. Wir sagten der internationalen Arbeiterklasse die bittere Wahrheit: „Viertes Reich gewinnt in DDR-Wahl“. Die Konterrevolution hatte gewonnen, was eine bittere Niederlage nicht nur für die deutsche, sondern auch die internationale Arbeiterklasse war. Was darauf folgte – die Einführung der westdeutschen D-Mark, die Auflösung der DDR-Armee, -Polizei und so weiter – wurde im Grunde genommen zu diesem Zeitpunkt entschieden. Es war die SED-PDS, die die Konterrevolution führte, es war die Sozialdemokratie, die das Trojanische Pferd der Konterrevolution war, und die gesamte Pseudolinke unterstützte die Konterrevolution. Es war nur die IKL, die gegen die Konterrevolution gekämpft und der Arbeiterklasse revolutionäre Führung gegeben hat.

Unsere Partei ist nicht immun gegen den Druck der Gesellschaft. Jan Norden, ein ehemaliges führendes Mitglied der IKL, konnte der grausamen Realität der Konterrevolution in Deutschland nicht widerstehen. Er brachte die ignorante und antitrotzkistische Perspektive vor, dass es Massenwiderstand der Arbeiterklasse geben würde, dass die

sozialdemokratische, exstalinistische PDS sich spalten würde usw. Dies führte zu einer Reihe von Anpassungen und Kapitulationen vor der PDS, was im Wesentlichen unsere Rolle als die revolutionäre Führung 1989/90 und die Rolle der PDS als die konterrevolutionäre Führung in dem Kampf leugnete.

Diese Anpassung erreichte ihren Höhepunkt 1995 in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin, wo Norden seine Hand den Stalinisten in der PDS entgegenstreckte, ihnen „Bindungen“ an die DDR andichtete – dieselbe DDR, die fünf Jahre zuvor zerstört wurde. Er behauptete, dass die Stalinisten sich zu der Zeit „nicht einmal eine proletarisch-politische Revolution vorstellen“ konnten. Nicht nur konnten sie das, nach Treptow hatten sie genau davor Angst. Immer und immer wieder behauptete Norden, dass es keine revolutionäre Führung 1989/90 gab. Und was war dann der



Rogner/Netzhaus

**Demonstration im Februar 1997 gegen angedrohte Entlassungen im Ruhrgebiet, kurz vor Ausverkauf des machtvollen Bergarbeiterstreiks durch sozialdemokratische Irreführer. Die Macht des Proletariats in Deutschland zu entfesseln erfordert einen Kampf, die Arbeiter von der SPD zu spalten**

Sinn und Zweck unserer Intervention? Ganz sicher nicht, uns an die stalinistische Bürokratie anzuschmiegen.

Im Grunde genommen kapitulierte Norden vor der bürgerlichen Kampagne des „Tod des Kommunismus“ und suchte nach anderen Kräften als dem Proletariat und anderen Programmen als unserem revolutionären trotzkistischen Programm. Der interne Kampf, der daraufhin gegen diesen Revisionismus stattfand, war ein Schlüssel, um unsere Internationale im Kampf für neue Oktoberrevolutionen wiederzubewaffnen (siehe unser SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzkismus“). Politisch zu feige, eine Fraktion aufzubauen und einen offenen politischen Kampf innerhalb unserer Partei für ihre Positionen durchzuführen, organisierten die paar Norden-Anhänger ihre eigenen Ausschlüsse, indem sie 1996 die Parteidisziplin brachen. Sie gründeten dann die Internationalist Group (IG). Bald danach bestätigte die IG ihren krass opportunistischen Charakter. Sie machten gemeinsame Sache mit einer Gruppe von Gewerkschaftsopportunisten in Brasilien namens Luta Metalurgica, die wiederholt *Klassenverrat* beging, indem sie die Stadtarbeitergewerkschaft von Volta Redonda vor die Gerichte zog,

Fortgesetzt auf Seite 22



Ostberlin, Juni 1992:  
SpAD-Kontingent bei  
Demonstration gegen  
das reaktionäre  
westdeutsche  
Abtreibungsgesetz.  
Kapitalistische Konter-  
revolution in der DDR  
trampelt auf Frauen  
herum

Spatakist

## 1989/90...

Fortsetzung von Seite 21

um ihren Unterstützer, einen Ex-Bullen, als Gewerkschaftspräsidenten zu behalten.

### Vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen!

Im Sommer 1990 initiierte die IKL eine interne Diskussion, um unsere Intervention in der DDR einzuschätzen und ihre Lehren zu vertiefen, sowie um die Ereignisse zu verstehen, die sich weiter in Osteuropa und der Sowjetunion entwickelten. Die Ereignisse in der DDR haben sich nicht genau so entwickelt, wie Trotzki es vorhersagte. 1933 schrieb Trotzki in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“:

„Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts eilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich *allmählich* von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab.“

Der Übergang der Macht vom Proletariat zur Bourgeoisie 1990 war sicher katastrophal, und die deutsche Bourgeoisie zerstörte den deformierten Arbeiterstaat. Trotzki hat jedoch auch die *Prognose* formuliert, dass ein Bürgerkrieg notwendig wäre, um den Kapitalismus in der Sowjetunion zu restaurieren und die tief gehende proletarische Revolution rückgängig zu machen. In der Diskussion stellten wir fest, dass Trotzki die Analogie zwischen einer sozialen Revolution in einer kapitalistischen Gesellschaft und einer sozialen Konterrevolution in einem deformierten Arbeiterstaat überzogen hatte. Die Kapitalisten verfügen über das direkte Eigentum an den Produktionsmitteln und sind so gezwungen, sich dem Umsturz des Systems mit Gewalt zu widersetzen, um ihr Eigentum zu verteidigen, wogegen die Erhaltung der proletarischen Macht im Wesentlichen auf dem *Bewusstsein* und der *Organisation* der Arbeiterklasse beruht. Zwei Dokumente von dieser Diskussion, von Joseph Seymour und Albert St. John, sind veröffentlicht im *Spartacist* (deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994).

Diese Diskussion bereitete uns darauf vor, in der Sowjetunion zu intervenieren und dort zu kämpfen, um die Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zu mobilisieren, die weiter gestärkt worden war durch die von Gorbatschow

unterstützte Konterrevolution in der DDR. Als Jelzin seinen Putsch im August 1991 machte, riefen wir die Arbeiter in der UdSSR dazu auf, die Jelzinsche Konterrevolution zu zerschlagen. Dieser Putsch eröffnete die Periode der offenen Konterrevolution; es war ein Ereignis von zentraler Wichtigkeit, aber die Frage war noch nicht endgültig entschieden. Wir haben die UdSSR nicht sofort abgeschrieben, sondern kämpften bis aufs Letzte gegen die Konsolidierung der Konterrevolution. Die multinationale sowjetische Arbeiterklasse wurde in einer konterrevolutionären Flut ertränkt, weil sie politisch atomisiert war als Ergebnis der Usurpation der politischen Macht durch die Stalinisten 1923/24, sie war paralysiert durch die CIA-unterstützten Jelzin-freundlichen „freien Gewerkschaften“ sowie durch das ätzende chauvinistische Gift der vielen stalinistischen Überbleibsel. So war Jelzin in der Lage, in den kommenden Monaten einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren und letztendlich den Arbeiterstaat zu zerstören, der aus der Oktoberrevolution hervorgegangen war.

Trotz der Kampagne der Bourgeoisie ist der Kommunismus überhaupt nicht tot. Er lebt in den Klassenkämpfen, die der Kapitalismus selbst unausweichlich kreierte, und im revolutionären Programm des Trotzkiismus. Es ist das Bewusstsein des Proletariats, das der Schlüssel ist im Kampf für Revolution wie auch im Kampf gegen Konterrevolution. Dieses Bewusstsein kommt nicht spontan, sondern muss in die Arbeiterklasse von der revolutionären Partei getragen werden. Wie Trotzki in *Lehren des Oktober* erklärte, wo er die Lehren der erfolgreichen Russischen Revolution im Gegensatz zur gescheiterten Deutschen Revolution 1923 zog: „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen.“ Und unsere erfolgreiche Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung, die am 23. Oktober den KKK aus New York City verjagte, demonstriert die Macht des Proletariats, wenn es geführt wird von einer revolutionären Avantgardepartei, und als Führer an der Spitze aller Unterdrückten marschiert. Vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen! Genau dafür kämpft die IKL! ■

#### Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00

Postfach 5 55, 10127 Berlin

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

#### Internationale Kommunistische Liga

International Communist League, PO Box 7429  
New York, NY 10116, USA; www.icl-fi.org



PAP/Jacek Bednarczyk

Februar 1999: Bundeswehr in Auschwitz. Mit zynischer Propaganda, „neues Auschwitz“ zu verhindern, führte SPD Krieg gegen Serbien

## SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 2

zwischen der von der ‚Demokratie‘ der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden“ (*Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, 1918). Die Pseudolinken, die die „Tod-des-Kommunismus“-Propaganda der Bourgeoisie geschluckt haben, behaupten dagegen, dass es einen Unterschied mache, wenn die SPD den Kapitalismus verwalte. Bilderbuch-Reformisten wie die Gruppe Linksruck mobilisieren für die Unterstützung der SPD, die nur etwas „sozialer“ handeln soll: „Rot-Grün hätte jetzt die Möglichkeit, Millionäre zu besteuern und Arbeit und Bildung zu finanzieren“ (*Linksruck*, 23. Februar). Die SPD an der Regierung ist trotz der augenblicklich weit verbreiteten Kritik an der Politik Schröders auch die ultimative Perspektive von Gruppen wie der zentristischen GAM. Die behauptet, dass die SPD, selbst wenn sie wollte, gar nicht in der Lage sei, die Interessen der Kapitalisten wirklich zu vertreten: „Eine Erosion der CDU würde aber insbesondere der Bourgeoisie ein Problem bereiten: ihre einzige Partei mit Massenverankerung wäre kein brauchbares Instrument mehr... Auch ein Schröder, der ihnen jetzt Milliarden-Geschenke mit der neuen Steuerreform verpasst, reicht nicht, denn er ist noch immer zu stark von seiner sozialen Hauptstütze, der Gewerkschaftsbewegung abhängig“ (*Arbeitermacht*, Januar/Februar 2000).

Die GAM behauptet, dass die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei – proletarische Basis und prokapitalistische Führung – unter dem Druck ihrer Basis nicht so weit gehen könnte, die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen, wie die CDU. Aber es war die SPD, die 1914 die Arbeiter auf die Schlachtbank des Ersten Weltkriegs führte und die Revolution 1918/19 in Blut ertränkte! Die SPD ist gerade wegen der Illusionen vieler Arbeiter in „ihre Partei“ viel besser als die CDU in der Lage, die Arbeiterklasse einigermaßen ruhig zu halten, während sie den Lohnraub durchdrücken und Bomben auf serbische Arbeiter warfen. Für Revolutionäre ist das Ziel, die proletarische Basis von SPD und PDS von ihrer Führung zu *spalten* und eine multi-ethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Während des Balkankriegs intervenierten wir: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“

Die GAM dagegen unterstützte die Sozialdemokratie an der Regierung, d. h. die Interessen der deutschen Bourgeoisie, unter dem Vorwand der „Verteidigung des armen kleinen Kosovo“. Am Ende des Artikels „Kohl, Konten & Bimbos“ (*Arbeitermacht*, März/April 2000) klatschen sie – wie bei zentristischen Sonntags„revolutionären“ üblich – am Ende den „Aufbau einer demokratisch-zentralistischen revolutionären Arbeiterpartei, die bereit und in der Lage ist, das Proletariat zu führen“ an. Aber der ganze vorhergehende Artikel strotzt davon, in welche *Richtung* sie das Proletariat führen wollen: zu einer „Untersuchung der Finanzaffäre durch Arbeiterkontrolle! Für eine SPD-Alleinregierung gestützt und kontrolliert durch diese Mobilisierung!“

## SPD an der Regierung: derzeit erste Wahl der deutschen Bourgeoisie

Ob die SPD mit den Grünen oder allein regiert: Dies ist eine *kapitalistische* Regierung, und bestimmende Teile der deutschen Bourgeoisie halten zurzeit gerade die SPD für diejenige Partei, die effektiver ihre Geschäfte verwalten kann. In den Worten des Deutsche-Bank-Chefs Hilmar Kopper: „Die Union hatte 16 Jahre und hat es nicht gebracht ... Nur die, die heilige Kühe gemästet haben, können sie schlachten“ (*Tagesspiegel*, 29. März). Die „heilige Kuh“ ist der „Sozialstaat“, der im Kalten Krieg dazu diente, die Arbeiterklasse ruhig zu halten und die „kommunistische Gefahr“ abzuwenden. Die SPD fungierte als Transmissionsriemen des Antikommunismus in die westdeutsche Arbeiterklasse und durfte dafür die politischen Lorbeeren für die „sozialen Leistungen“ einheimen. Nach der Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten sind die interimperialistischen Rivalitäten stark angestiegen. Das ist es, was jede kapitalistische Regierung heute antreibt, egal ob SPD- oder CDU-geführt: der unnachgiebige Drang der Bourgeoisie, die Ausbeutungsrate scharf zu erhöhen, um in diesem Konkurrenzkampf vorn zu liegen. Das bedeutet scharfe Angriffe gegen die Arbeiterklasse und der Versuch, sie entlang chauvinistischer und rassistischer Linien zu spalten.

Die SPD ist im Auftrag ihrer kapitalistischen Herren  
Fortgesetzt auf Seite 24

**NEU!**

# SPARTACIST

NUMMER 21 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2000 DM 4,-/€ 30

**Die Russische Revolution und der Zusammenbruch des Stalinismus**

**Der Bankrott der Theorien über eine „Neue Klasse“**  
Tony Cliff und Max Shachtman:  
proimperialistische Komplizen der Konterrevolution  
Seite 1

Der stalinistische Thermidor, die Linke Opposition und die Rote Armee ..... 2

Über Trotzki's Konzept einer „Reiss-Fraktion“ in der sowjetischen Bürokratie ..... 28

Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/JUN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt! ..... 40

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom April 1999: Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien! ..... 49

Women and Revolution und die Perspektiven der IKL: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ..... 64

**Schmeißt eine trotzkistische Partei! Für Arbeiterrevolution!**  
**Die Lehren von Indonesien 1965**  
Seite 51

Deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000  
DM 4,- zuzüglich Porto (im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin

Konto 11988-601  
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

## SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 23

dabei, die „Deutschland AG“ abzubauen, zentral dabei ist die Abschaffung der Veräußerungssteuer für Kapitalgesellschaften. Die *Financial Times* (29. Dezember 1999) kommentierte: „Die unerwartete Entscheidung letzte Woche, die Steuer auf Kapitalgewinne abzuschaffen für notierte Firmen, die Anteile verkaufen, die sie an anderen Gruppen halten – was von Finanzwesen und Industrie seit langem gewollt wurde als ein Weg, komplexe gegenseitige Beteiligungen zu entflechten – wurde von der Regierung bewusst heruntergespielt.“ Die „Entflechtung“ heißt nämlich nichts anderes, als dass „unprofitable“ Firmenteile abgestoßen werden, Geld flüssig gemacht wird für neue und globale Investitionen und – Fabrikschließungen und Massenentlassungen stattfinden. Außerdem bedeutet der Wegfall dieser Steuer ebenso wie die massive Verringerung der Körperschaftsteuer weitere drastische Kürzungen der Sozialleistungen.

In ihrem Drang, ihre Profitrate zu erhöhen, gehen die Kapitalisten buchstäblich über Leichen. Nach jeder Menge Entlassungen bei der Deutschen Bahn AG, starker Einschränkung der Ausbildung und vor allem Nichtdurchführung notwendiger Reparaturen aus Kostengründen wurden bei den grausigen Unfällen bei Eschede und Brühl mehr als 100 Menschen getötet. Dies war Mord durch die Profitgier der Kapitalisten! Und jetzt wollen sie noch weitere 70 000 Entlassungen durchsetzen. Der direkte Zusammenhang zwischen steigender interimperialistischer Rivalität und dem Abbau des „Sozialstaates“ wird auch plastisch bei Deutscher und Dresdner Bank, die zur größten Bank der Welt fusionieren wollen, um „in einigen Bereichen sogar die US-Banken [zu] distanzieren“ (*Tagesspiegel*, 8. März), und wo jetzt schon von 16 000 bis 50 000 Entlassungen die Rede ist.

Die relative Stabilisierung der SPD kann nicht lange anhalten. Denn ihr Ziel, für die Bosse die Lohnkosten zu senken und dafür den allgemeinen Lebensstandard massiv hinabzudrücken, ruft Widerstand der immer noch stark organisierten Arbeiterklasse hervor; Proteste und Streiks bei VW, bei den Lehrern, im Gesundheitswesen, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bahn und bei Metall – um nur einige der jüngsten Vergangenheit zu nennen. Hier kommt die Arbeitsteilung zwischen der SPD und der DGB-Büro-

kratie ins Spiel. Beispiel: Schröders Intervention zur Verhinderung der unmittelbaren Pleite des Holzmann-Baukonzerns wurde von seiner Partei, „linken“ und ursprünglich auch von der Gewerkschaftsbürokratie allgemein gelobt. Aber inzwischen ist jedem Arbeiter klar: Der „Holzmann-Deal“ ist nichts anderes als ein gigantischer Vorstoß, die Löhne der gesamten Branche in den Keller zu drücken. Zusätzlich zu Lohnkürzungen arbeiten die auf Abruf Weiterbeschäftigten pro Woche fünf Stunden *umsonst*, um den „Gläubiger“ des Konzerns, die Deutsche Bank, bei der Stange zu halten. Nun versucht ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie, als „Kritiker“ der Regierungspolitik zu posieren, um unzufriedene Arbeiter im Zaum zu halten und Klassenkämpfe einzudämmen.

Und die Pseudolinke hilft dabei. Der RSB, einer der Ableger des Vereinigten Sekretariats, fordert von den Gewerkschaften, „dass sie jegliche Unterstützung der SPD und der Regierung einstellen“ (*Avanti*, Februar 2000) und beschwört eine „Gewerkschaftslinken in der Verantwortung“, die „eine gesellschaftliche Kurskorrektur erreichen“ soll (*Avanti*, März 2000). Der RSB, der 1998 zur Wahl der PDS aufrief, baute „alternative“, von PDS-Politik dominierte Gewerkschaftskongresse mit auf wie den in Stuttgart im letzten Dezember oder in Frankfurt/Main im letzten September (siehe „Lafontaine/PDS: Strategen für deutschen Imperialismus – Für Klassenkampf gegen kapitalistische SPD/Grünen-Regierung!“, *Spartakist* Nr. 137, Herbst 1999). Unter dem billigen Deckmantel der Kritik an Schröders SPD unterstützt der RSB zurzeit diejenigen Teile der Gewerkschaftsbürokratie, die eher mit der PDS verbunden sind, der zweiten sozialdemokratischen Partei im Land, deren Perspektive darin besteht, mit der SPD zusammen den deutschen Imperialismus zu verwalten.

Kommunisten dagegen kämpfen für eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften und einen Bruch mit der verräterischen Politik der Klassenzusammenarbeit. Eines der Mittel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten sind die Betriebsräte, klassenkollaborationistische Gremien, die die Arbeiter per Gesetz auf die Interessen „ihres“ Betriebs verpflichten und so an ihre Ausbeuter ketten sollen. Der Bruch mit dieser Politik ist Voraussetzung dafür, dass sich eine kämpferische Arbeiterbewegung dem verschärften Angriff der Kapitalisten entgegenstellen kann. Aber die Arbeiterkämpfe können nicht zum Sieg geführt werden, wenn sie an der ökonomischen Gewerkschaftsfront stehen bleiben. Es ist notwendig, einen politischen Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu organisieren, gegen jede Form der Unterdrückung und Ausbeutung. Darum kämpfen wir Leninisten dafür, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei zu schmieden, die in einer sozialistischen Revolution die Arbeiterklasse zur Staatsmacht führt und zu einer grundlegenden Umwandlung der Gesellschaft, wo diejenigen, die heute arbeiten, morgen auch regieren.

### Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Was der CDU besonders um die Ohren flog, war das Bekanntwerden hoher Schmiergeldzahlungen an Kohl im Zusammenhang mit dem Verkauf von Leuna an den französischen Konzern Elf Aquitaine. Die Treuhand – anfangs noch unter Führung des frühzeitig abgelebten SPD-Rohwedder – hatte den Auftrag, die industriellen Grundlagen der Ex-DDR „abzuwickeln“. Kohl hatte zynisch „blühende Landschaften“ im Osten versprochen und wollte sich



Ernst-Ludwig Bach

**Zertrümmertes DDR-Chemiekombinat in Leuna. Kapitalistische Konterrevolution vernichtete die Lebensgrundlage Zehntausender**

**Portugal 1975:  
Von Sozialistischer  
Partei aufgepeitschte  
Mobs brennen  
KP-Büros nieder mit  
dem Schlachtruf  
„Nieder mit dem  
Kommunismus!“.  
Willy Brandt  
überbrachte  
BND-Gelder an  
portugiesische SP  
für deren konter-  
revolutionäre  
Offensive**



keine Bildnachweise

vor den Wahlen 1994 irgendwelche Aktivitäten in dieser Richtung erkaufen. So floss also auch Geld in die andere Richtung, nämlich jede Menge Subventionen der Treuhand an den Elf-Konzern. Das Ergebnis ist heute die Zerstörung dieses Industriegebiets der früheren DDR und die Vernichtung der Lebensgrundlage Zehntausender.

Die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung, besonders in Arbeiter- und Immigrantenvierteln wie etwa Berlin-Kreuzberg, wird als „unrentabel“ erklärt, und Krankenhäuser werden geschlossen. Gleichzeitig werden sämtliche Mittel für Ausbildung gekürzt mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildung auf ein Maß zu drücken, das die Bourgeoisie gerade noch für notwendig hält, um die nächste Generation zum Ausbeuten heranzuziehen, während die Bourgeoisie ihren Nachwuchs auf Privatschulen und -unis schickt. Ganz zu schweigen von der rassistischen Arroganz des Imperialismus und seinen zynischen „Almosen“ für die Länder der „Dritten Welt“, wo er die Arbeiter für seine Superprofite bis aufs Blut aussaugt.

Der ganze CDU-Skandal wirft ein Schlaglicht darauf, dass der Imperialismus – laut Lenin der Kapitalismus in seinem höchsten, parasitären, verfaulenden Stadium – nicht „demokratisch“ reformiert werden kann und ganz sicher nicht von selbst verschwindet. Wenn der Imperialismus nicht durch Arbeiterrevolution gestürzt wird, wird das System des Privateigentums an Produktionsmitteln, angetrieben von der Gier der Kapitalisten nach Profiten durch den Kampf um die Neuverteilung der Welt, die gesamte Menschheit in den Abgrund eines Atomkriegs führen. Zunehmend scharfer Antiamerikanismus und kriegerisches Vokabular künden von den verschärften interimperialistischen Rivalitäten. *Der Spiegel* (6. März) zitiert einen deutschen Diplomaten über die Kampagne der US-Regierung gegen Schröders ursprünglichen Kandidaten für den IWF-Vorsitz, Koch-Weser: „Fast so wie die Invasion in der Normandie“. Während des Balkankriegs waren die unterschiedlichen Interessen zwischen formell Verbündeten offensichtlich. Der deutsche Imperialismus will perspektivisch Zugang zum Atomarsenal Russlands und zum Erdöl des Kaukasus und dadurch Unabhängigkeit vom US-Imperialismus erreichen. Innerhalb der Arbeiterbewegung spiegelte sich dieser nationale Chauvinismus besonders wider durch die PDS und den Lafontaine-Flügel der SPD, die die Intervention auf dem Balkan unter der Führung der UNO oder der OSZE sehen wollten, wo der deutsche Imperialismus mehr Gewicht hat, und nicht unter der US-dominierten NATO. Am Schwanz der SPD hängend machte die Gruppe Linksruck der PDS Konkurrenz in Sachen Antiamerikanismus – ein nationalistisches Gift, das von der Sozialdemokratie in die Arbeiterbewegung

getragen wird: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt“ (Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan“, 1999).

Unsere Perspektive, die einzige für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten in der ganzen Welt, ist der Sturz des Imperialismus, die Errichtung einer internationalen Planwirtschaft, die die ungeheuren Ressourcen dieses Planeten allen Menschen zugänglich macht. Allein schon auf der erreichten Produktionsstufe – die sich, von den Zwängen des Kapitalismus befreit und durch internationale Arbeitsteilung, rapide weiterentwickeln wird – ist es ohne weiteres möglich, allen Menschen auf diesem Planeten anständige Lebensbedingungen zu schaffen. Aber dazu muss der Imperialismus durch Arbeiterrevolution gestürzt werden und gegen die stinkende Diktatur der Bourgeoisie eine Diktatur des Proletariats, basierend auf Räten, errichtet werden, wie es die Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917 taten.

### **Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!**

Die Deutsche Bank ist über viele Jahre der Hauptspender für Kohl und die CDU gewesen. Gleichzeitig war sie der größte Finanzier Hitlers und hat massiv aus dem Holocaust profitiert, ebenso wie die Dresdner Bank. Im heutigen

*Fortgesetzt auf Seite 26*

## **Abonniert!**

*Workers Vanguard*,  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.  
*Spartacist* (englische  
Ausgabe) und  
*Black History*

Luftpost DM 50,-  
Seepost DM 20,-

Zu beziehen über:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 555  
10127 Berlin

Konto 1 1988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60

**WORKERS VANGUARD**

**Mass Protest in Tallahassee to  
Defend Affirmative Action**

**Break with the Democrats!  
Build a Workers Party!**



**Racist Cop Terror and  
the Legacy of Slavery**

**Finish the Civil War! Black Liberation  
Through Socialist Revolution!**

## SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 25

Nachfolgestaat des Dritten Reichs griff der hessische Schatzmeister der CDU, Sayn-Wittgenstein, ganz offen zum Antisemitismus und nannte als Quelle von nicht als Spenden verbuchten Geldern anonyme Vermächtnisse „aus Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten“ (*Der Spiegel*, 13. Dezember 1999). Heuchlerischer Aufschrei sowohl in CDU als auch in SPD. Aber direkt nach seiner Wahl verpflichtete sich Schröder zum „Schutz der deutschen Unternehmen“ gegen Überlebende des Holocaust, und von der mit großem Pomp vereinbarten lächerlichen Summe an „Entschädigungs“zahlungen hat keiner der Überlebenden bisher irgendetwas gesehen. Die Familien der Zwangsarbeiter und Opfer des Holocaust sollten alles bekommen, was sie irgendwie den Unternehmen entreißen können, die durch Sklavenarbeit reich wurden. Diese Kapitalisten weinen heute Krokodilstränen über ihre „Verfehlungen“ in der Vergangenheit – so was Ähnliches versucht auch der Papst, um sein Image aufzubessern –, während sie Pfennig um Pfennig darum streiten, wie viel ein jüdisches Leben oder das Leben eines Rom wert sei. Ziel der Bourgeoisie von Auschwitz ist es, endlich die Vergangenheit hinter sich zu lassen, „Rechtssicherheit“ zu erlangen, jetzt eine Zahlung von den Steuern abzusetzen und ihre zukünftigen Profite davon nicht mehr irritieren zu lassen. Außerdem wollen sie etwas besser dastehen in den Augen der Bevölkerung in Osteuropa, wo Hitler seine Völkermordmaschinerie wüten ließ und wo die deutsche Bourgeoisie heute auf der Jagd nach ihren Profiten wieder auf dem Vormarsch ist. Erst unser Kampf, das gesamte verrottete kapitalistische System hinwegzufegen, das den Faschismus hervorbringt, wird die Opfer des Holocaust rächen!

### Die SPD als Finanzier der Konterrevolution

Auch die SPD hat über die Jahre hinweg, ob in Regierung oder in Opposition, jede Menge Spenden aus der Wirtschaft erhalten. Jahrelang verteilte der Daimler-Benz-Konzern seine Zuwendungen liebevoll gleichmäßig auf SPD und CDU. Eine besondere Rolle spielte die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, passend benannt nach dem SPD-Präsidenten, unter dem 1919 der Befehl zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erteilt wurde. Die FES erhielt jede Menge Spenden und staatliche Zuschüsse, die direkt in die SPD-Taschen flossen. Umgekehrt „investierte“ die FES Gelder im Interesse der deutschen Bourgeoisie.

Unter Helmut Schmidts SPD/FDP-Regierung wurde Mitte der 70er-Jahre ein millionenschwerer Fonds aus Mitteln des Bundesnachrichtendienstes eingerichtet, aus dem alle Parteien Bares erhielten, „wenn irgendwo im Ausland Gefahr zu drohen schien. In Spanien zum Beispiel. Nach dem Tod des Diktators Franco 1975 drohte ein Erstarken der Kommunisten. Wie schon zuvor nach dem Ende der ‚Nelkenrevolution‘ im Nachbarland Portugal. Die Sozialdemokraten waren gefragt – und sie unterstützten denn auch ihre sozialistischen Genossen um Schlimmeres zu verhindern“ (*Die Welt* online, 10. März). Die SPD finanzierte in den vorrevolutionären Situationen auf der iberischen Halbinsel die Konterrevolution, einschließlich der Mobs, die in ganz Portugal KP-Büros niederbrannten, um Terror zu verbreiten. Später bei der Unterminierung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas – Brandts „Ostpolitik“ – pumpten sie Geld in die konterrevolutionäre polnische Solidarność und über das SPD-„Ostbüro“ in konterrevolutionäre Bestrebungen innerhalb der DDR, z. B. in die evangelische Kirche.

Die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 gegen die stalinistische bürokratische Kaste zeigte die potentielle Macht der Arbeiterklasse. Unsere interna-



Spartakist

**Berlin, März 1999: SpAD bei Antikriegsprotest. Im Krieg gegen Serbien sagten wir „Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!“**

tionale Partei intervenierte als revolutionäre Führung für ein Rotes Rätendeutschland: für sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten. Dieser Kampf basierte auf unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der DDR, eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaats, in dem die Kapitalistenklasse enteignet war. Wir schrieben in einem Artikel unserer damals täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorespondenz* („SPD gegen portugiesische Revolution, 1974-1976“, Nr. 27, 13. März 1990):

„Die SPD wurde im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Schirmherrschaft der amerikanischen Besatzungstruppen neu organisiert, um als Instrument zur Neutralisierung des Klassenkampfes nach der Zerschlagung des Dritten Reichs zu wirken und den kommunistischen Einfluß aus der Arbeiterbewegung hinauszusäubern. In den folgenden Jahren spielte die SPD eine besondere Rolle als Verbündeter der CIA in West- und Osteuropa. Heute dient die SPD ihren kapitalistischen Herren in der BRD, indem sie als Speerspitze für eine Annexion der DDR auftritt... Die Sozialdemokratie ist wirklich ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution.“

Gruppen wie Linksruck, RSB und Co. wollen Jugendliche und Arbeiter zurück zu Sozialdemokratie, SPD oder PDS, und Gewerkschaftsbürokratie kanalisieren. Lenin nannte diese „wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung*, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus“ (*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916), bestochen aus den Profiten, die die Kapitalisten aus den Arbeitern im eigenen Land rauspressen und aus der Superausbeutung der Arbeiter in Ländern der „Dritten Welt“. Im Kampf gegen diese Arbeiterverräter, die 1914 die Arbeiter als Kanonenfutter für die Kapitalisten in den Weltkrieg hetzten, baute Lenin die bolschewistische Partei auf als Teil einer neuen, kommunistischen Internationale. In der Russischen Revolution fegte die Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewiki von Lenin und Trotzki die gesamte Herrschaft der Kapitalistenklasse hinweg und befreite ein Sechstel des Erdballs. Dafür kämpfen wir, dafür bauen wir unsere internationale Partei auf: Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!■

## Haider...

Fortsetzung von Seite 5

und die internationalen Hauptkonkurrenten des deutschen Imperialismus, USA und Japan, richtet. Weil der Kapitalismus auf Basis eigenständiger Nationalstaaten organisiert ist – was die eigentliche Ursache der wiederholten imperialistischen Kriege um die Neuaufteilung der Welt ist und auch der wirkliche Grund für den Krieg auf dem Balkan letztes Jahr –, ist die Perspektive eines fortschrittlichen europäischen Staats, die von Jospin und Schröder gepredigt wird, eben nichts als eine lügnische, reaktionäre Utopie. Der Imperialismus, der gekennzeichnet ist durch die Dominanz des Finanzkapitals, ist die Epoche der Kriege und Revolutionen. Nachdem die Welt bereits zwischen den hauptsächlich kapitalistischen Mächten aufgeteilt ist, ist Krieg letztlich ihr einziges Mittel, die Märkte und Einflussphären neu aufzuteilen. Als proletarische Internationalisten fordern wir: **Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nieder mit den Verträgen von Maastricht und Schengen! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

Sozialdemokratische Regime und Volksfrontregierungen (eine kapitalistische Regierung in der Form einer Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Arbeiterparteien, worin die Interessen der Arbeiter den Interessen der kapitalistischen herrschenden Klasse untergeordnet wird) wurden seit der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion mit der ausdrücklichen Absicht an die Macht gebracht, den „Sozialstaat“ zu zerstören. Die kapitalistischen Herrscher fühlen sich nicht mehr dazu verpflichtet, für die Arbeiter im Westen einen höheren Lebensstandard zu garantieren in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten, die aus dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hervorgingen. Nach den letzten Wahlen entschied die ÖVP, dass die österreichische Sozialdemokratie ihnen nicht genügend Konzessionen machte, und entschied sich für die FPÖ.

In allen Ländern Europas führt der bürgerliche Nationalismus nach innen zu einem scharfen Anstieg des Rassismus gegen die dunkelhäutige und osteuropäische Immigrantenvölkerung Europas, die mit Massenabschiebungen und staatlicher sowie faschistischer Gewalt konfrontiert ist. Immigranten, die als „Gastarbeiter“ für die Verrichtung niedrigbezahlter, schmutziger Arbeiten nicht mehr gebraucht werden, werden rausgeworfen, während Jugendliche der zweiten Generation von den Herrschenden mit Verachtung behandelt werden. Ohne Job und ohne Zukunft werden sie von der herrschenden Klasse als sozialer Zündstoff gefürchtet. In ganz Europa lassen kapitalistische Regime, die von angeblichen „Sozialisten“ regiert werden, ihre Bullen los, um diese Jugendlichen zu terrorisieren.

Rassistische Unterdrückung ist untrennbar mit kapitalistischer Ausbeutung verbunden. Während die Bourgeoisie die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben versucht, sind die Immigranten nicht nur Opfer von Abschiebungen, sondern werden auch als willkommener Sündenbock für Arbeitslosigkeit und Verelendung benutzt. Rassismus gegen Immigranten ist der Rammbock für Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und die Minderheiten müssen ihre Interessen gemeinsam voranbringen, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Die Arbeiterbewegung muss **für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge kämpfen.**

Die immigrierten Teile der Arbeiterklassen Westeuropas sind aber nicht nur Opfer, sondern ein wichtiger Bestandteil der Kräfte, die fähig sind, dieses rassistische, kapitalistische System zu zerschlagen. Die Mobilisierung der Macht der integrierten Arbeiterklasse erfordert aber einen politischen

Kampf gegen die sozialdemokratischen Führungen in der Arbeiterbewegung, die als Transmissionsriemen dienen, um das rassistische Gift in die Arbeiterklasse zu schleusen. **Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!**

Haider und seine Gefolgschaft werden von Faschisten und offenen Rassistin in ganz Europa als verwandte Geister angesehen, wie von Le Pen in Frankreich, von der NPD in Deutschland und von der Lega Nord und der Alleanza Nazionale in Italien. Haider's FPÖ ist eine reine Wahlmaschine und entspricht nicht dem, was Marxisten unter Faschismus verstehen. Reaktionäre Ansichten allein definieren nicht Faschismus. Eine Anzahl von Margaret Thatchers Beratern waren der Meinung, Britannien hätte sich während des Zweiten Weltkrieges mit Deutschland gegen die Sowjetunion verbünden sollen, und hatten auch sonst faschistische Ansichten. Wie Trotzki in „Wohin geht Frankreich“ erklärte:

„Das Großkapital ist darum genötigt, bewaffnete Banden zu schaffen, speziell gegen die Arbeiter gerichtet ... Der geschichtliche Sinn des Faschismus ist, die Arbeiterklasse niederzuwerfen, ihre Organisationen zu zerschlagen, die politische Freiheit zu erwürgen in jener Stunde, wo die Kapitalisten nicht mehr imstande sind, mit Hilfe der demokratischen Maschine zu regieren und zu herrschen.“

In einer Situation, in der es keine faschistischen Mobilisierungen in den Straßen gibt und die Hauptfrage die Beteiligung der FPÖ an der Regierung ist, können die Losungen „Stoppt Haider“, „Streik jetzt“ nur einen Aufruf für außerparlamentarische Aktionen für eine neue parlamentarische Koalition bedeuten, d.h. ein „militanter“ Ruf, die FPÖ durch die SPÖ zu ersetzen.

So wurde 1994 in Italien die konservative Berlusconi-Regierung durch einen Generalstreik gestürzt und durch eine kapitalistische Volksfrontregierung ersetzt, die den rassistischen Staatsterror und die Angriffe auf die Arbeiterklasse verschärft fortsetzte. Jetzt in Österreich treibt die Pseudolinke zynischerweise die Arbeiterklasse an, den Karren der parlamentarischen Ambitionen der Sozialdemokratie aus dem Dreck zu ziehen: „Streik jetzt!“ sagt die Sozialistische Linkspartei, ArbeiterInnenstandpunkt ruft auf zum Generalstreik und Linkswende ruft auf: „Das ist unsere Perspektive – die Berlusconi-Lösung“.

Imperialismus ist nicht eine schlechte Politik, wie die pseudotrotzkistischen Gruppen es uns weismachen wollen, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus, der auf Privateigentum an Produktionsmitteln einiger weniger beruht, die das Proletariat ausbeuten und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterdrücken. So erzeugt er unvermeidlich Kriege, Rassismus und Elend. Die Faschisten sind der zugespitzte Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie und ihre Reservearmee gegen das Proletariat. Daher muss der Kampf gegen Faschismus mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems verbunden werden.

Von New York über London und Paris bis Berlin und Wien stehen wir für Arbeiterrevolution, und die Sozialdemokraten und ihre linken Anhängsel stehen dem im Weg. Wenn die Faschisten die letzte Reserve des Kapitalismus in extremis sind, sind die Sozialdemokraten (inklusive Exstalinisten und zugehörige Überreste) mit ihrer Politik der Klassenkollaboration die vorletzte Reserve, ein Sicherheitsventil für den Imperialismus. Nur der Sturz des Kapitalismus durch Arbeiterrevolution und die Errichtung der **Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa** als Teil einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft kann die Grundlage für eine Entwicklung der Produktivkräfte sein, die wirklich der Menschheit zugute kommt. **Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! Schließt euch uns an!■**

## VW Südafrika...

Fortsetzung von Seite 32

soll. Besonderes Ziel der Angriffe hier in Deutschland sind die aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeiter, die ein strategischer Bestandteil der Arbeiterklasse sind. Mit rassistischem Staatsterror, der jetzt verschärft von der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung betrieben wird, soll die Arbeiterklasse gespalten werden, um ihr so die Angriffe reinzuwürgen. Eingewanderte Arbeiter und deutsche Arbeiter werden gemeinsam vorwärts gehen oder getrennt zurückgeschlagen werden. Dringend notwendig ist der Kampf für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Brecht mit der Sozialdemokratie! Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!*

Von größter Bedeutung für die südafrikanische Arbeiterbewegung und in der Tat für das internationale Proletariat ist der Kampf für die Wiedereinstellung der gefeuerten Streikenden bei VW Südafrika. Am anfälligsten für den dringend notwendigen *internationalen Klassenkampf* ist der Autogigant natürlich hier in Deutschland, wo er seine Hauptproduktionsstätten hat und mit einer der am besten organisierten Gewerkschaftsbewegungen der Welt konfrontiert ist. *Gleicher Feind – Gleicher Kampf! Proletarier aller Länder vereinigt euch! Für Solidaritätsstreiks mit unseren südafrikanischen Klassenbrüdern!*

Nachfolgend drucken wir den Artikel „ANC Government Escalates War on South African Workers“ aus *Workers Vanguard* Nr. 731, 10. März 2000, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., ab.

JOHANNESBURG – Bei der Parlamentseröffnung im Februar erklärte der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki den offenen Krieg gegen die Arbeiterbewegung. Seine Rede kennzeichnete eine Eskalation der fortgesetzten Sozialraub-Angriffe auf das überwiegend schwarze Proletariat; das hatte sich letztes Jahr mit dem Streikbruch gegen die Arbeiter des öffentlichen Dienstes angekündigt. Mbeki schäumte vor Wut, als er sich einen kürzlichen wilden Streik bei der Volkswagen-Autofabrik in Uitenhage herausgriff: „Arbeitsplätze, ein besseres Leben für unser Volk im Rahmen einer wachsenden Wirtschaft und unser Ansehen in den Augen der Investoren dürfen nicht durch Elemente erpresserisch aufs Spiel gesetzt werden, die eigennützige und antisoziale Absichten verfolgen.“

## Hände weg...

Fortsetzung von Seite 10

Wiedervereinigung. Der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat entstand, weil die sowjetische Armee Hitlers Naziregime zerschlagen hat. Wir verteidigten bedingungslos die Planwirtschaft und die proletarischen Eigentumsformen – die Grundlage der früheren DDR –, trotz der bürokratischen stalinistischen Kaste, die die politische Macht zu Unrecht in ihren Händen hielt. 1989/90 kämpfte die IKL für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch die sozialistische Revolution im Westen und die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen SED-Bürokratie im Osten. Was die SED/PDS betrifft: Sie verkaufte die DDR aus – nachdem Gorbatschow grünes Licht gab –, unterstützte die kapitalistische Konterrevolution, die die ehemalige DDR verwüstet hat und auch für das Proletariat im Westen Verelendung bedeutet. Nach der Konterrevolution entfesselte der deutsche Staat eine Hexenjagd gegen ehemalige DDR-Funktionäre. Wir sagen: Freiheit für Egon Krenz! Die stalinistischen Irreführer müssen für ihren Klas-

Trotz Mbekis Phrasendrescherei über „wirtschaftliche Machtverleihung an die Schwarzen“ bleibt die *wirtschaftliche Grundlage* der Apartheid – die Superausbeutung der schwarzen Arbeitskraft durch die weiße Kapitalistenklasse und deren Seniorpartner an der Wall Street und in der City von London – bestehen, nach sechs Regierungsjahren des African National Congress (ANC), zuerst unter Nelson Mandela und jetzt unter seinem Nachfolger Mbeki. Es ist keine Überraschung, dass die Rede von Mbeki, in der er den VW-Streik als „gesetzwidrig und ungerechtfertigt“ verurteilte, bei internationalen Finanzkapitalisten Anerkennung fand. Zur gleichen Zeit wurde sie vom Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) Blade Nzimande als eine „sehr vereinigende Rede“ bezeichnet. Auch das kommt nicht überraschend, da die reformistische SACP mit dem bürgerlich-nationalistischen ANC darin vereinigt ist, die kapitalistische Regierung der Neo-Apartheid zu verwalten.

Mbeki unterstrich die Verpflichtung der Regierung, „schwarzen Kapitalismus“ auf Kosten des schwarzen Proletariats zu fördern. Die vom ANC geführte Regierung hat überhaupt nicht den Reichtum von der weißen rassistischen Bourgeoisie auf die schwarzen Massen umverteilt, sondern hat eine schwarze bürgerliche Schicht hervorgebracht, die in der Regierung, in den Firmenbüros von Anglo American und anderen Randlords arbeitet oder Projekte „schwarzer Machtverleihung“ betreiben. Während das schwarze Kleinbürgertum immer zufriedener mit dem „neuen“ Südafrika ist, sind mindestens 40 Prozent der schwarzen Arbeiterschaft arbeitslos; in Townships wie Soweto und Lamontville ist diese Zahl noch viel höher.

Mbeki verkörpert eine aufstrebende schwarze Bourgeoisie, die bei den schwarzen Massen den verächtlichen Spitznamen „the gravy train“ (ungefähr: die Absahner) hat. Diese schwarzen Ausbeuter saugen nun gemeinsam mit ihren mächtigeren weißen Partnern den Reichtum des Landes ab, den die schwarzen Arbeiter produzieren. Und der bürgerlich-nationalistische ANC wird dabei von der SACP und dem Congress of South African Trade Unions (COSAFU – Kongress Südafrikanischer Gewerkschaften) unterstützt, die über die „Dreierallianz“, eine nationalistische Volksfront, die kapitalistische Regierung mit verwalten. Von Anfang an bemühte sich die „Dreierallianz“, ein „für Investoren freundliches“ Umfeld aufrechtzuerhalten. Wir warnten während des Streiks im öffentlichen Dienst letzten Herbst, dass „der ANC, als eine kapitalistische Partei

senverrat dem Proletariat gegenüber ganz sicher viel Rechenschaft ablegen, doch sie werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt.

Historisch ehrte die kommunistische Bewegung jeden Januar die Drei L – Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Es ist typisch für die chauvinistischen deutschen Sozialdemokraten, Lenin zu meiden, der gemeinsam mit Trotzki die bolschewistische Partei führte, welche die Arbeitermassen Russlands von den Menschewisten – dem russischen Pendant zur deutschen Sozialdemokratie – brach und 1917 das Proletariat zur Macht führte. Die Menschewisten klammerten sich an den Kapitalismus und verteidigten nach dem Februar 1917 explizit den imperialistischen Weltkrieg. Wir streben danach, eine revolutionäre internationalistische Partei wie die Bolschewiki zu schmieden. Eine solche Partei, die durch den politischen Kampf gegen die Reformisten der SPD und PDS und ihre pseudolinken Apologeten aufgebaut wird, wird Luxemburgs und Liebknechts Spartakisten wirklich ehren, indem sie dafür kämpft, das Proletariat durch neue Oktoberrevolutionen an die Macht zu führen. Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!■



Während die kapitalistische Regierung von Präsident Thabo Mbeki Krieg gegen schwarzes Proletariat führt, werden Bullen gegen Taxifahrer losgelassen, die gegen die Regierungsangriffe auf ihren Lebensstandard protestieren

Nadine Hutton



außerhalb der Arbeiterbewegung, nicht vor dem Versuch zurückschrecken würde, die Gewerkschaften zu zerschlagen, wenn das für die Verteidigung seiner Klasseninteressen notwendig wird“ (*Workers Vanguard* Nr. 718, 3. September 1999). Seit der ANC 1994 an die Macht kam, hat er seine grundsätzliche Feindschaft gegenüber den Bedürfnissen und Bestrebungen der schwarzen Massen kristallklar gemacht.

Mbekis Rede sollte ausländische Investoren beruhigen, die geschockt waren durch den wilden Streik bei VWSA – eines der größten Unternehmen ausländischer Investoren im ganzen Land und eine Konzentration von Arbeitsplätzen mit strategischer Bedeutung für das verarmte östliche Kap. Der Kampf bei VW wurde ausgelöst durch eine Spaltung in der Ortsgruppe der National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA – Nationale Gewerkschaft der Metallarbeiter Südafrikas), nachdem 13 Vertrauensleute im Werk Uitenhage von der NUMSA-Führung suspendiert worden waren. Am 20. Januar legten über 4000 Arbeiter die Arbeit nieder, um die suspendierten Vertrauensleute zu unterstützen; gleichzeitig brodelten bereits Konflikte über neu ausgehandelte Urlaubstage, erzwungene Überstunden und ungelöste Fragen, die bis zum Jahr 1996 zurückreichen. Das Firmenmanagement erklärte daraufhin, dass „die volle Produktion nicht beginnen konnte wegen des häufigen Nichterscheinsens am Arbeitsplatz und wegen der Weigerung einiger Beschäftigter, die Arbeit aufzunehmen“, es machte das Werk zu und sperrte damit die Arbeiter praktisch aus.

Die NUMSA-Führung unterstützte offen das VW-Management; so verkündete der Gewerkschaftsvorsitzende Mtutuzeli Tom: „Die Firma hat das Recht, jedes Mittel anzuwenden, von dem sie meint, dass es gerechtfertigt ist, um Leute an den Arbeitsplatz zurückzukriegen“ (*Dispatch Online*, 2. Februar). Am 4. Februar feuerte VW 1300 Arbeiter und suspendierte 150 weitere. Dem folgte das „Unternehmen Käfer“: 200 bewaffnete Polizisten besetzten Townships in der Nähe des Werks, um Widerstand zu unterdrücken. Ein Polizeibeamter erklärte: „Die südafrikanische Polizei wird in einer derartigen Situation keinerlei Einschüchterung dulden.“

Um die Unterdrückung des Streiks und die Massenentlassung zu rechtfertigen, spielten die bürgerlichen Medien die angebliche Rolle der Workers International Vanguard League (WIVL) – eine kleine linke Gruppe, deren Basis in Kapstadt ist – bei den Ereignissen in Uitenhage hoch und implizierten damit, dass die Arbeiteraktion von „Roten“ angezettelt worden sei. Auf der gleichen Linie lag eine Erklärung des Politischen Büros der SACP, in der die Streikenden gebrandmarkt werden als „opportunistische Elemente, die

die organisierten Arbeiter mit pseudoradikaler Demagogie spalten wollen“. Die Arbeiterbewegung muss die WIVL, andere linke Gruppen und militante Gewerkschafter gegen antikomunistische Angriffe seitens der vom ANC geführten Regierung und deren politischer Handlanger verteidigen.

Der Kampf für die Wiedereinstellung der 1300 gefeuerten Streikenden bei VW ist von größter Bedeutung für die südafrikanische Arbeiterbewegung und in der Tat für das internationale Proletariat. Der deutsche Autoriese ist mit seinen weit verzweigten Operationen in Produktion, Distribution und Vermarktung anfällig für *internationale Arbeiteraktionen*. Und natürlich ist er am anfälligsten in Deutschland selbst, einem Land mit einer der größten, stärksten und am besten organisierten Gewerkschaftsbewegungen der Welt.

### Brecht mit der „Dreierallianz“!

Arbeiter stimmen jetzt schon mit ihren Füßen gegen die „Dreierallianz“ ANC/SACP/COSATU ab und verlassen ihre verschiedenen Strukturen. Während schwarze Arbeiter nicht nur vom ANC, sondern auch von der SACP zunehmend desillusioniert sind, sehen sie in den Gewerkschaften das einzig mögliche Verteidigungsmittel gegen den kapitalistischen Staat und die Bosse. Inzwischen treten Vertrauensleute lieber von ihrer Funktion zurück, als die Pro-ANC-Linie der COSATU-Bürokratie zu befolgen. Streiks brechen aus, ohne dass sie „offiziell“ ausgerufen werden. Gewerkschafter verlassen COSATU und gehen zu rivalisierenden Verbänden, die keine Verbindungen zur „Allianz“ haben. Parallel und überlappend dazu gibt es eine Bewegung gegen die ANC/SACP-Führung, die in den Massenorganisationen der Townships eine Abspaltung nach der anderen hervorbringt, so genannte „Civics“ (städtische Selbstorganisationsgruppen).

Fortgeschrittene Arbeiter, die der prokapitalistischen Führung der Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen, debattieren offen auf Ortsgruppensitzungen, in Kneipen und Pubs, ob man innerhalb von COSATU kämpfen soll, um sie von der „Allianz“ zu brechen, oder ob man einfach aus COSATU rausgehen soll, um zu „unabhängigen“ Gewerkschaften zu kommen. *COSATU soll die Allianz verlassen und aus der Regierung rausgehen*. Die Gewerkschaften können und müssen ihre soziale Macht durch Streiks gegen die kapitalistische Regierung mobilisieren. Allerdings kann die Arbeiterklasse – besonders in einer Gesellschaft, wo die organisierte Arbeiterbewegung nur einen Bruchteil der unterdrückten schwarzen Massen darstellt – ihren Lebensstandard nicht einfach durch gewerkschaftliche Kämpfe verbessern oder auch nur verteidigen.

Fortgesetzt auf Seite 30



Britta Koropp

**20 000 VW-Arbeiter streiken am 3. Februar für 1800 Zeitarbeiter in Wolfsburg, einen Tag vor Massenentlassungen in Südafrika. Dies zeigt Potenzial für internationalen, gemeinsamen Klassenkampf**

## VW Südafrika...

Fortsetzung von Seite 29

Dringend notwendig ist der Kampf für eine Partei wie die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki, die in der Oktoberrevolution 1917 die Arbeiter Russlands an die Macht führte: eine leninistische Avantgardepartei, die die unmittelbaren und die historischen Interessen des Proletariats in seinem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung vertritt. Nur eine Partei mit dem Programm, *den Kapitalismus zu stürzen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen*, kann konsequent für die Arbeiterinteressen gegen die mächtigen Kräfte des Weltkapitalismus kämpfen.

So wie ein Großteil von COSATU wird auch die Führung von NUMSA von der SACP dominiert, die seit Jahrzehnten eng mit dem ANC verbündet ist und in der kapitalistischen Mbeki-Regierung zentrale Ministerposten besetzt. Während die SACP an Mitgliedern ausblutet und ihre Kontrolle über die Basis schwindet, wird ihr Verrat an der Spitze umso krasser. Der VW-Streik ging nicht nur gegen die erhöhte Ausbeutung der VW-Belegschaft an, sondern auch gegen die prokapitalistische Gewerkschaftsführung, die von der SACP dominiert wird. Die SACP – nach Lenin eine bürgerliche Arbeiterpartei – hat eine Arbeiterbasis, aber eine durch und durch prokapitalistische Führung und ein ebensolches Programm: Sie umfasst ausgesprochene Nationalisten, Regierungsminister und Arbeiterreformisten, gleichzeitig aber auch Arbeiter, die nach einer revolutionären Perspektive suchen. Als revolutionäre Marxisten intervenieren unsere Genossen von Spartacist/South Africa mit dem Ziel, die Arbeiterklasse von ihren reformistischen SACP-Irreführern zu brechen und eine multirassische leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen.

Um einen ernsthaften Kampf zu führen, der das ANC-geführte bürgerlich-nationalistische Regime konfrontiert und ihm eine Niederlage beibringt, ist die Klassenunabhängigkeit des Proletariats unerlässlich, was vor allem die Unabhängigkeit vom kapitalistischen Staat bedeutet. Der Staat – seine Bullen, Gerichte und Armee – ist nicht neutral, sondern wird von der Bourgeoisie eingesetzt, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken und den Profit und das Eigentum der Kapitalisten zu schützen. Nachdem die VW-Streikenden gefeuert wurden, gab das Krisenkomitee von Uitenhage, das die betroffenen Arbeiter vertritt, eine Erklärung mit seinen

Forderungen und über seine Entstehungsgeschichte heraus; darin forderte es auch eine „Schlichtung durch eine unabhängige Quelle, in die sie [die gefeuerten Streikenden] Vertrauen haben“. Schlichtung ist inzwischen zu einem Standard-Codewort für Appelle an die bürgerlichen Gerichte und an Streikbrecher-„Schlichter“ geworden. Berichten zufolge zieht das Krisenkomitee von Uitenhage tatsächlich einen Prozess gegen NUMSA in Betracht. Wir sind dagegen, NUMSA vor den Gerichten der Bosse anzuklagen, um eine Wiedereinstellung der Streikenden zu erwirken. Wenn man Arbeiterorganisationen vor ein Gericht zerrt, ist das eine Verletzung der elementarsten Prinzipien der Arbeiterklasse. Es ist gefährlich anzunehmen, dass man die Unterordnung der Gewerkschaften unter den Staat, die von der COSATU-Bürokratie betrieben wird, dadurch bekämpfen kann, dass man an die Gerichte des Klassenfeindes appelliert.

Die WIVL, die dem Komitee Hilfe leistet, hat eine Geschichte, dass sie auf den Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat spuckt. Der Fall des ehemaligen Vorsitzenden der Chemical Workers Industrial Union (CWIU – Industriegewerkschaft der Chemearbeiter), Abraham Agulhas, ein Unterstützer der WIVL, ist nur ein Beispiel. Laut einer Erklärung von WIVL-Anhängern, die uns zugänglich gemacht wurde, wurde Agulhas für fünf Jahre als Vertrauensmann suspendiert als Ergebnis einer Hexenjagd „gegen Mitglieder und Funktionäre, die den ANC und die SACP ablehnen, weil sie Parteien sind, die die Arbeiterklasse ausverkauft haben“. Agulhas und seine Unterstützer beantragten dann „eine Feststellungsanordnung durch die Gerichte, uns zu Mitgliedern zu erklären“, nachdem die Gewerkschaft sie rausgeschmissen hatte.

Agulhas hat seitdem die Bildung einer Splittergewerkschaft angeführt, der Oil, Chemical, General and Allied Workers Union (OCGAWU). Arbeiter, die irgendeine Abspaltung von COSATU zugunsten so genannter „unabhängiger“ Gruppierungen erwägen, seien gewarnt: Solche Splittergewerkschaften aufzubauen schwächt nicht nur die Arbeiterbewegung in ihrem tagtäglichen Kampf mit den Unternehmern, sondern trennt die politisch fortgeschrittenen Arbeiter von denjenigen, die immer noch Illusionen in das ANC/SACP-Regime haben. Wir treten für das Prinzip der Industriegewerkschaften ein – wo alle Arbeiter einer bestimmten Industrie in einer Gewerkschaft organisiert sind, die intern demokratisch aufgebaut ist – im Gegensatz zur Bildung von politisch rivalisierenden Gewerkschaften.

Darüber hinaus haben Pseudolinke wie die WIVL keinerlei Bedenken, wenn es darum geht, den bürgerlichen Staat einzusetzen, damit er in die Arbeiterbewegung interveniert – Hauptsache, sie können ihre eigenen Pfründe behalten. Zwar verteidigen wir Agulhas gegen seinen Ausschluss, wir lehnen aber den Einsatz der Gerichte durch ihn auf das Schärfste ab, weil das Klassenverrat ist. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga haben international dafür gekämpft, die Gerichte der Bourgeoisie aus den internen Angelegenheiten der Arbeiterbewegung rauszuhalten, und wir sind aus Prinzip gegen Prozesse gegen Gewerkschaften. Die Arbeiter müssen ihr eigenes Haus säubern!

Die Workers International Vanguard League beschwört die Arbeiter, sie sollten sich allein auf „Gewerkschafts“-fragen konzentrieren. Ihr Flugblatt zur Verteidigung der VW-Streikenden erwähnt die kapitalistische ANC-Regierung nur nebenbei und richtet ihr gesamtes Feuer auf die Führung der NUMSA. Es ruft dazu auf: „NUMSA-Arbeiter, übernehmt die Kontrolle eurer Gewerkschaft! Nieder mit der undemokratischen Führung! Kein Händchenhalten mit den Bossen!“ Eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften ist keine Frage von „Demokratie“ an sich oder einfach von „Arbeiterkontrolle“. Was im Grunde erforderlich ist, ist ein vielseitiger Kampf gegen den südafrikani-

schen kapitalistischen Staat, der jetzt vom bürgerlich-nationalistischen ANC regiert wird. Die Arbeiterklasse, geführt von ihrer Avantgardepartei, muss sich an die Spitze aller unterdrückten Teile der Gesellschaft stellen.

### Für eine leninistisch-trozkistische Partei!

Es ist kein Zufall, dass NUMSA, die auf ihren Kongressen routinemäßig über einen Antrag diskutiert, die „Allianz“ zu verlassen, im Zentrum einer erneut aufkommenden halbsyndikalistischen Stimmung steht. Diese Haltung geht zurück auf eine frühere „arbeitertümelnde“ Strömung – ein Amalgam aus quasisyndikalistischer und linkssozialdemokratischer Politik –, die aus der Federation of South African Trade Unions (FOSATU – Föderation Südafrikanischer Gewerkschaften) hervorging und aus der Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre NUMSA unter Führern wie John Gomomo und Moses Mayekiso entstand.

Zwar erklärten die „Arbeitertümler“ ihre Unabhängigkeit vom ANC und ihr Misstrauen gegen ihn, doch sie hatten weder Programm noch Perspektive, den Kampf gegen die nationale Unterdrückung zu führen, die tief im Apartheidsystem verwurzelt ist. Und so knickten sie schließlich auf dem COSATU-Nationalkongress 1987 ein und akzeptierten die Freiheitscharta des ANC, die die Gewerkschaften genau der bürgerlich-nationalistischen Partei unterordnet, die sie zuvor kritisiert hatten.

Die Unzulänglichkeit der „Arbeitertümler“-Strömung – mit ihrer ausschließlichen Konzentration auf den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung – wird bereits durch die einfache Tatsache unterstrichen, dass zwar in den letzten 20 Jahren gewerkschaftliche Kämpfe die Industrielöhne nach oben gedrückt haben, es aber keine grundlegende Veränderung in der Struktur der südafrikanischen Wirtschaft gegeben hat, die klaffende Lohnlücke der Apartheid nicht geschlossen wurde und es kein Ende der schrecklichen Verarmung der Massen auf dem Land gibt.

COSATU hat nie die Millionen von Landarbeitern breit organisiert, die (zusammen mit den Bergarbeitern) der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil des südafrikanischen Proletariats sind. Überhaupt hat die Gewerkschaftsbewegung der verarmten Landbevölkerung wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sei es in den ehemaligen Bantustans oder auf den Farmen der Weißen, wo sich die Bedingungen kaum von denen unter dem alten Apartheidsystem unterscheiden. Die Arbeitslosigkeit, weit verbreitet in allen Schichten der Gesellschaft, kann nicht durch Gewerkschaftsaktion allein bekämpft werden, sondern erfordert letztlich die Ausweitung der Industrieproduktion auf dem höchsten Niveau, was nur durch einen sozialistischen Wiederaufbau der Gesellschaft passieren wird.

Nur eine sozialistische Planwirtschaft, als Teil einer internationalen sozialistischen Gesellschaft, wo der Kapitalismus weggefegt worden ist, kann Südafrika von seiner tief verwurzelten Ungleichheit befreien: Sie wird die Lage der Armen in den Townships wirklich verbessern, die Lage der Frauen, die in polygamen Ehen unterdrückt werden und wie Vieh gegen „Lobola“ (Geld, das als „Brautpreis“ gezahlt wird) verkauft werden, und die Lage der Millionen, die heute ihre Existenz in den Bantustans fristen, und sie wird das Leid der Millionen lindern, die an AIDS sterben. Das Proletariat muss sich an die Spitze des Kampfes stellen für die nationale Befreiung der schwarzen Afrikaner, ein Kampf, der in einer zentral von Schwarzen getragenen Arbeiterregierung gipfelt, wo es einen Platz geben wird für Farbige, Inder und jene antirassistischen Weißen, die die demokratische Herrschaft der schwarzen Mehrheit unterstützen.

Einfacher Gewerkschaftskampf ist nicht nur unzureichend für die Aufgabe, die Lebensverhältnisse der schwarzen Massen zu verbessern, sondern hinter dieser Strategie

steckt die Annahme, dass Mbekis Regime zu einer stabilen bürgerlichen Demokratie geführt habe. Man konnte klar die Illusionen in den bürgerlichen Staat sehen, als Delegierte auf dem COSATU-Nationalkongress im letzten August die Bullen „gewerkschaft“ POPCRU begrüßten. Von der exstalinistischen SACP bis zu den linken Nationalisten und Arbeiterbürokraten verbreitet der größte Teil der Linken die Lüge, dass die Polizei Teil „unseres“ Kampfes wäre, wenn es nur mehr schwarze Bullen gäbe.

Das war sicher *nicht* das Verständnis Ende der 80er-Jahre, als empörte junge schwarze „Genossen“ gerade an Bullen in den Townships und Bantustans Vergeltung übten. Sicherlich haben zu dieser Zeit die Bullen, darunter auch schwarze Bullen, die Befehle einer auf weißer Vorherrschaft beruhenden Regierung ausgeführt. Heute nehmen die Bullen ihre Befehle von ANC-Führern entgegen, die behaupten, dass sie die unterdrückte schwarze Mehrheit vertreten würden. Aber in Wirklichkeit sind die ANC-Minister nur die politischen Handlanger der weißen Kapitalisten, ob in Johannesburg oder Frankfurt, und die Bullen – ob schwarz oder weiß – sind weiterhin die bewaffneten Schläger des kapitalistischen Staates. Wie der VW-Streik zeigt, hat diese Regierung keine Skrupel über Massenentlassungen und die Entfesselung der Polizei, um schwarze Arbeiter anzugreifen. Mbeki könnte genauso schnell Tausende Arbeiterführer einsperren, wie es Botha 1985 tat, indem er sich dessen Taktiken borgt und denselben Staatsapparat benutzt. Bullen und Wachschutz raus aus der Arbeiterbewegung!

Südafrika – sowohl unter der ehemaligen Regierung der weißen Vorherrschaft als auch unter dem bürgerlich-nationalistischen ANC heute – bestätigt, was Trotzki's Theorie der permanenten Revolution vorhersagte: dass in rückständigen Ländern die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und eine wirkliche nationale Befreiung nur erreicht werden kann durch eine sozialistische Revolution und deren Ausweitung, besonders auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas sowie Japan. Eine Arbeiterrevolution in Südafrika würde die kapitalistische Welt erschüttern und nicht nur bei den unterdrückten schwarzen Massen Brasiliens und der USA ein Echo finden, sondern auch bei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, Angehörigen von Minderheiten und Intellektuellen, die sich aktiv mit dem Kampf gegen das Regime der weißen Vorherrschaft im Apartheidstaat solidarisiert haben. Damit die Perspektive der permanenten Revolution in Südafrika Wirklichkeit wird, ist die Schmiedung einer proletarischen, revolutionären, internationalistischen, leninistisch-trozkistischen Partei erforderlich. Genau dafür kämpfen heute die Genossen von Spartacist/South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga. ■

Die IKL macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

Eine Antwort auf die Workers International Vanguard League (in englischer Sprache)

DM 3,50 (zuzüglich Porto) zu beziehen über die Redaktionsadresse

### Hate Trotskyism, Hate the Spartacists

— a bulletin of opponent material

NUMBER 1

A Reply to  
the Workers International  
Vanguard League

Introduction

"LRP's South Africa Lash-Up"

Reprinted from Workers Vanguard No. 987, 2 May 1987

"Open Letter to the Spartacist League by the National Central Committee of the Workers International Vanguard League"

Reprinted from an unpublished letter, 1 October 1987

"A Reply to the Workers International Vanguard League"

By Spartacist South Africa, 18 July 1986

Subscriptions:  
Postfree 2,40 £10  
Postage paid 3,20 £12  
JFK/MS/SP, South Africa 2008

July 1988  
No. 104, p. 1  
ISSN 0268-2720  
Printed in Great Britain  
7711 DALLAS ST. 201 L.S. 000 001  
Printed in Great Britain

# Für eine zentral von Schwarzen getragene Arbeiterregierung!

## ANC-Regierung eskaliert Krieg gegen südafrikanische Arbeiter

16. März – Am 4. Februar feuerte VW Südafrika in Uitenhage 1300 Arbeiter und suspendierte 150 weitere, um einen Streik gegen Angriffe des VW-Managements und in Verteidigung von Gewerkschaftsvertretern zu zerschlagen. Polizisten der kapitalistischen ANC-Regierung besetzten Townships in der Nähe des Werks, um Widerstand gegen die Entlassungen zu unterdrücken.

Nur einen Tag bevor die 1300 Arbeiter gefeuert wurden, traten 20000 Arbeiter im Stammwerk von VW in Wolfsburg in den Streik gegen die angedrohte Entlassung von 1800 Arbeitern mit befristeten Verträgen. Dies zeigt das Potenzial für internationalen, gemeinsamen Klassenkampf, der

### Gleicher Feind, gleicher Kampf: Verteidigt die Arbeiter von VW Südafrika!

von größter Wichtigkeit für die Arbeiter hier genauso wie für die Klassenbrüder in Südafrika ist. Doch die sozialdemokratische IG-Metall-Führung von VW rührte bis heute keinen Finger, um für Arbeiteraktionen in Solidarität mit den südafrikanischen Arbeitern zu mobilisieren! Denn die Perspektive von internationalem Klassenkampf ist dem Programm von friedlicher Zusammenarbeit mit den VW-Bossen diametral entgegengesetzt.

Um die Angriffe zurückzuschlagen, müssen die Arbeiter *klassenunabhängig* von den Bossen und dem kapitalistischen Staat mobilisiert werden. Doch es sind SPD und PDS, die mit Hilfe ihrer chauvinistischen „Standort-Deutschland“-Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter spalten und durch Klassenzusammenarbeit an die Bosse und ihren Staat ketten – auf höchster Ebene durch das „Bündnis für Arbeit“ und direkt in den Betrieben durch die Betriebsräte. Die Betriebsräte sind Organe der Klassenkollaboration, die über Gesetze und „Friedenspflicht“ die Arbeiterklasse an die kapitalistischen Bosse und den Staat fesseln und mehr und mehr die Gewerkschaften ersetzen. VW gründete kürzlich einen Welt-Konzernbetriebsrat, der die hiesige Klassenkollaboration exportieren und so die Interessen der Arbeiter auch in Südafrika denen der Bosse unterordnen soll.



Peter Botha

**Über 4000 Arbeiter von VW Uitenhage im Januar beim Streik zur Verteidigung suspendierter NUMSA-Vertrauensleute. Arbeiter wurden Aussperrung, Bullenangriffen und Massenentlassung ausgesetzt**

Die Politik von SPD und Gewerkschaftsspitzen unterminiert die Gewerkschaften als Werkzeuge zur Verteidigung von Arbeiterinteressen. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter einer Industrie umfassen – keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die Schmiedung einer klassenkämpferischen Führung in den Gewerkschaften, deren bewussteste Elemente mit der trotzkistischen Avantgardepartei verbunden sind.

Es ist der deutsche Imperialismus, der einer der Hauptwaffenlieferanten und eine Stütze für das ANC-geführte kapitalistische Neo-Apartheid-Regime in Südafrika ist, das als lokaler Polizist die Region für die Ausbeutung durch die deutsche und andere imperialistische Bourgeoisien sichern

*Fortgesetzt auf Seite 28*

## Nieder mit Neo-Apartheid-Kapitalismus!